

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

9. Sitzung
15. Juni 2022

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.17 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD), stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand Corona-Regeln und Hilfen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0021](#)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0046](#)
WiEnBe
Energiewirtschaft in Berlin-Brandenburg
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0066](#)
WiEnBe
**Auswirkungen eines möglichen Energieembargos auf
die Energieversorgung sowie Industrie und Gewerbe
in der Metropolregion Berlin-Brandenburg**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Jörg Stroedter: Die Anzuhörenden sind alle persönlich da. Das freut mich sehr, weil wir uns in letzter Zeit teilweise nur digital gesprochen haben. Heute ist die erste Anhörung, bei der wir mal wieder alle da haben und auch mit abgebauten Scheiben, sodass ich Sie relativ gut sehen kann, auch wenn man immer noch einen Fernstecher braucht, weil Sie immer noch sehr weit entfernt sitzen. – Ich begrüße Frau Dr. Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare Energie. – Herzlich willkommen hier in der Runde! Dann habe ich Herrn Anis Ben-Rhouma, Gewerkschaftssekretär der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Bezirk Berlin-Mark Brandenburg. – Herzlich willkommen! Dann habe ich Herrn Georg Friedrichs, den Vorstandsvorsitzenden der GASAG AG. – Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! Last but not least Herrn Simon Margraf, Bereichsleiter Wirtschaft und Politik, Industrie- und Handelskammer Berlin. – Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Ich gehe davon aus, dass wir gemäß § 26 Abs. 7 der Geschäftsordnung wieder ein Wortprotokoll machen wollen. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann darf ich als Erstes um die Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bitten. Wer macht das? – Herr Kollege King für Die Linke, bitte sehr!

Dr. Alexander King (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden, dass Sie der Einladung unseres Ausschusses gefolgt sind! – Die EU hat sich jetzt auf ein Ölembargo gegen Russland geeinigt. Es gäbe zwar die Möglichkeit, also eine Ausnahmeregel, dass russisches Öl durch Pipelines nach Europa geliefert wird, wo auch Alternativlieferungen noch schwer umzusetzen sind. Das wäre dann zu Gunsten der Raffinerien in Schwedt und Leuna und damit auch des Wirtschaftsraums Berlin und Ostdeutschland gewesen. Nun will die Bundesregierung diese Ausnahme aber nicht ziehen, sondern hat angekündigt, sämtliche russische Ölimporte bis zum Ende des Jahres zu stoppen, und da stellen sich natürlich einige Fragen bezüglich der Auswirkungen, die wir mit Ihnen als Vertreter von Unternehmen und Arbeitnehmern in den potenziell betroffenen Branchen, mit Versorgern und Energieunternehmen, erörtern wollen. Vieles ist dabei noch unklar, das wissen wir auch. Wir wissen noch gar nicht: Wird es überhaupt möglich sein, die Auslastung von Schwedt und auch den wirtschaftlichen Weiterbetrieb abzusichern? Wo soll das Öl herkommen? Wie soll es überhaupt noch Schwedt bzw. Leuna kommen? Muss die Raffinerie möglicherweise zwecks Umrüstung auf andere Ölqualitäten vorübergehend geschlossen werden? Was heißt

das dann einmal für die Preise und auch für die Versorgung Berlins und Ostdeutschlands mit den Produkten aus Schwedt, zum Beispiel Pharmaindustrie, Petrochemie, Straßenbau, Stichwort Bitumen, Verkehrsbetriebe, Diesel für die BVG, Taxifahrer, Pendler, Mieter, Eigentümer mit Ölheizungen? Was heißt das für die Beschäftigten hier in Berlin, der ganzen Region und auch für die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Ostdeutschlands, wenn jetzt das Ölembargo kommt und auch so ausgefüllt wird, dass auch hier das Pipelineöl betroffen sein wird? Da gibt es sicherlich einige Risiken für die Berliner Wirtschaft und auch die Arbeitsplätze hier, und das wollen wir heute besprechen.

Die Landesregierung Brandenburg, der Ministerpräsident, der Wirtschaftsminister, haben die Bundesregierung aufgefordert, erst mal Klarheit über den Weiterbetrieb der ostdeutschen Raffinerien herzustellen. Vom Senat ist ein solcher Appell nicht bekannt, aber ich denke, auch hier in Berlin müssen wir uns mit der Thematik befassen. Dazu kommt auch noch die Debatte über ein mögliches Gasembargo. Es läuft schon eine ganze Weile, jetzt auch wieder verstärkt, absehbar mit natürlich noch schwerwiegenderen Folgen für die Industrie. Auch die Perspektive wollen wir heute diskutieren, zumal sie jetzt plötzlich auch ganz real geworden ist. Wir haben jetzt gesehen, Russland hat 40 Prozent seiner Gaslieferungen durch Nord Stream 1 erst mal gestoppt wegen fehlender Reparaturteile von Siemens, die nicht geliefert wurden. Das ist auch eine Embargofolge. Ostdeutsche Unternehmen sind jetzt besonders alarmiert. Heute gab es eine ZBW-Studie, derzufolge 29 Prozent der ostdeutschen Unternehmen Produktionsausfälle und 13 Prozent sogar einen kompletten Produktionsausfall im Falle eines Gasembargos für ihre Unternehmen befürchten. Zeitgleich, das kommt jetzt noch dazu, die Explosion im Flüssiggasterminal Freeport, 40 Prozent der Flüssiggaslieferungen aus den USA nach Europa sind davon betroffen. Für sechs Monate soll das jetzt ausfallen, habe ich gerade noch gelesen. Unterm Strich ist es eine ziemlich schwierige Situation. Wir müssen mit erheblichen Preissteigerungen auf den Gasmärkten rechnen. Wir sehen es jetzt auch bei Gazprom Germania. 3 bis 10 Milliarden Euro KfW-Kredite müssen bereitgestellt werden, um das russische Gas auf dem Weltmarkt zu substituieren, und da reden wir noch gar nicht von dem vollständigen Gasboykott. Uns interessiert, worauf Sie sich jetzt als unsere Anzuhörenden einstellen, womit Sie rechnen, worauf wir uns einstellen sollen Ihrer Meinung nach und auch, was Sie von der Berliner Politik in dieser Situation erwarten. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann treten wir in die Anhörung ein und fangen in alphabetischer Reihenfolge mit Herrn Ben-Rhouma von der Gewerkschaft an. – Herr Ben-Rhouma, Sie haben das Wort! – Bitte jeder fünf bis sieben Minuten maximal als Eingangsstatement. – Bitte sehr!

Anis Ben-Rhouma (IG BCE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich versuche, die Zeit einzuhalten. – Sehr geehrte Damen und Herren und alle anderen! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Erst einmal möchten wir uns ganz herzlich für die Einladung zu dieser Anhörung bedanken. Wir freuen uns sehr, dass wir hier als Vertretung der Beschäftigten zu dieser sehr wichtigen Thematik Stellung beziehen können. Soweit es mir möglich ist, werde ich im Verlauf auch mögliche Fragen zu Betrieben außerhalb der von uns vertretenen Branche beantworten. Ich bitte aber um Entschuldigung, dass ich das nicht bei allen kann. Ich habe mich mit dem DGB Berlin-Brandenburg abgestimmt und würde gerne zu Beginn das sagen, ich glaube, das ist auch von Interesse für die Mitglieder dieses Ausschusses, was sozusagen die gesamte Arbeitnehmerschaft betrifft, und würde dann im Anschluss zur Frage, die der Herr Kollege King

gerade angesprochen hat, PCK, Gasembargo, aber da haben wir den besseren Experten an meiner Seite, etwas sagen.

Der DGB teilt die Forderung nach Absicherung der Beschäftigten in Schwedt und unterstützt das dortige Zukunftsbündnis Schwedt. Wir sind als IG BCE da auch mit drin. Es geht sowohl um kurzfristige als auch um langfristige Lösungen, um den Standort zukunftsorientiert umzugestalten. Insgesamt müssen mehr Maßnahmen entwickelt und schneller umgesetzt werden, damit Wirtschaft und Haushalte unabhängig von fossilen Energien werden. Die Entscheidung der Bundesregierung, die Ölversorgung über Pipelines in das Embargo einzuschließen, hat auch maßgebliche Folgen für die Wirtschaft und die Beschäftigten über Schwedt hinaus. Auch das hatte Herr King gerade gesagt, auch für Berlin, und zwar ganz direkt für Berlin. Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass die kurzfristige Substitution von Rohöl in geeigneten Qualitäten in der Folge die Preise für Benzin, Diesel und Heizöl und die entsprechenden anderen Produkte weiter ansteigen lässt. Das Embargo könnte einseitig die Preisentwicklung für die ostdeutsche Wirtschaft und damit auch Berlin nach oben treiben. Diese Gefahr sehen wir. Das Embargo darf aus unserer Perspektive nicht dazu führen, dass Haushalte und Unternehmen im Osten Deutschlands stärker benachteiligt werden als in Westdeutschland. Auch für uns, als Bezirk, der sozusagen das ehemalige Westberlin, aber auch Teile Brandenburgs und komplett Mecklenburg-Vorpommern beinhaltet, ist das ein ganz zentraler Punkt. Es muss gleiche Bedingungen für den Zugriff auf Rohstoffe geben, zu gleichen Preisen. Die Versorgung muss so gesichert bleiben, dass die Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze langfristig erhalten werden.

Gestatten Sie mir bitte, bevor ich zu den Punkten aus Sicht speziell der IG BCE komme, noch eine zweite für uns ganz wichtige Vorbemerkung: Verantwortlich für die Situation, die wir zurzeit haben, das geht manchmal ein bisschen unter, ist vor allem im Energiebereich der Angriffskrieg Russlands, und wir stehen als Gewerkschaft hierbei fest an der Seite der Ukraine. Das will ich an der Stelle auch noch einmal ganz klar sagen. Alles was hilft, diesen Krieg zu beenden, sollte aus unserer Sicht primär getan werden, und da sind wir schon bei den kritischen Themen, die direkt unsere Betriebe betreffen, Stichwort Ölembargo. Wir als IG BCE vertreten in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und, wie gesagt, Teilen Brandenburgs mehr als 15 000 Mitgliedern in den Betrieben, mit weitaus mehr Beschäftigten, wir haben noch nicht alle organisiert, also sind es noch ein paar Tausend mehr, und diesen Wirtschaftsraum müssen wir als IG BCE auch insgesamt betrachten und können uns nicht nur auf die Stadt Berlin, wobei ich weiß, ich bin hier im Ausschuss für das Land Berlin, allein fokussieren. Dennoch will ich mich heute Abend natürlich auch auf die Wirtschaft Berlins konzentrieren.

Ganz kurz zur Situation in der Uckermark: Bei der PCK in Schwedt mit fast der gesamte Erdölbedarf Berlins immer noch, es sind 95 Prozent, wenn ich das richtig gelesen habe, mit den unterschiedlichsten Produkten hergestellt. Wenn ein Embargo hier zeitnah kommt, und danach sieht es mehr als aus, muss die Versorgung für Berlin weiter gewährleistet sein. Das betrifft nicht nur die klassische Versorgung mit Öl, Benzin und den ganzen Produkten, sondern auch Folgeprodukte wie beispielsweise Kunststoff, der bekanntlich immer noch aus Öl hergestellt wird.

Wir haben fünf klare Punkte. Ich würde dem Ausschuss im Nachgang gerne elektronisch auch noch mal zur Verfügung stellen, was wir sonst noch an Papieren usw. entwickelt haben. Aber fünf klare Punkte sind uns ganz wichtig, damit höre ich auch auf und hoffe, die Zeit eingehal-

ten zu haben: Absicherung der Beschäftigten durch Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und – wenn nötig – zusätzliche Unterstützung beim Thema Kurzarbeit. Beschäftigte werden massiv unter Preisen und Engpässen leiden. Sie müssen zusätzlich unterstützt werden, wahrscheinlich auch durch Landesmittel, aber vielleicht auch durch Bundesmittel. Alle Maßnahmen und deren Folgen müssen bis zum Ende durchdacht werden. Das betrifft die Frage Öl-embargo, aber auch mögliche Schritte beim Thema Gas, Herr Friedrichs. Hier lehnen wir ein Embargo in der jetzigen Situation ab, so schwer das auch fallen mag. Glauben Sie uns, wir machen es uns auch nicht leicht, auch wenn es manchmal so scheint, als wenn wir nur die Interessen der Beschäftigten hart vertreten würden. Die Auswirkungen auf die Berliner Wirtschaft wären massiv. Das können Sie aber wahrscheinlich gerne nachher noch mal bestätigen. Wir müssen, auch das ist uns zentral, die Transformation der Berliner Wirtschaft noch intensiver angehen als eigentlich geplant. Dabei müssen insbesondere die Beschäftigten qualifiziert und mitgenommen werden. Niemand darf ins Bergfreie fallen, sagt man bei uns, das heißt, keiner darf arbeitslos werden, keiner darf seinen sozialen Status aufgrund dieser Situation verlieren.

Letzter Punkt: Wir wollen den guten Austausch, das möchte ich ausdrücklich betonen, mit dem Berliner Senat und den bekannten Formaten wie dem Steuerungskreis Industriepolitik beispielsweise und dem Masterplan Industriestadt Berlin für diese Themen nutzen. Dabei sind wir auf einem guten Weg und bedanken uns sowohl bei der Senatskanzlei als auch bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Herr Schopf, für die Aufnahme unserer Wünsche an den Stellen im Masterplan beispielsweise, aber auch im Steuerungskreis, dass wir diese Themen hier diskutieren können. – Ich möchte mich aber noch mal ganz herzlich bei diesem Ausschuss und auch denjenigen, die uns eingeladen haben, bedanken, dass Sie dieses Thema jetzt ausführlich und konstruktiv angehen. Wir helfen dabei auch gerne weiter, wenn wir es können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Ben-Rhouma, für Ihre Ausführungen aus Sicht der Gewerkschaft! – Dann will ich als Nächsten Herrn Friedrichs für die GASAG aufrufen. – Bitte sehr, Herr Friedrichs!

Georg Friedrichs (GASAG): Vielen Dank von meiner Seite für die Einladung! – Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Wenn es um Energiesicherheit geht, dann leben wir leider in schwierigen Zeiten. Das ist tatsächlich so. Sie haben als Thema für die heutige Ausschusssitzung Energiesicherheit mit Bezug auf Betriebe und Industrie gesetzt. Wenn man dann aus Sicht des Berliner Gasnetzbetreibers und auch des größten Gasversorgers in Berlin draufschaut, dann gibt es an der Stelle eine teilgute Nachricht, denn die teilgute Nachricht ist, dass die Gasversorgung in dieser Stadt sich im Wesentlichen an die sogenannten geschützten Kunden richtet. Also wenn wir nach vorne schauen und uns überlegen: Was würde passieren, wenn wir mit einem Gasembargo konfrontiert sind? –, dann gibt es, ganz schnell gesprochen, ungefähr eine Halbierung des in Deutschland zur Verfügung stehenden Gases unter halbwegs normalen Bedingungen, und die ändern sich täglich – Freeport ist gerade so ein Beispiel, das schon genannt wurde – unter normalen Bedingungen, und diese Hälfte des zur Verfügung stehenden Gases steht nach den gesetzlichen Regelungen den geschützten Kunden zur Verfügung. Das sind vor allen Dingen Haushalte. Das sind Infrastrukturen, Krankenhäuser, Schulen, Verwaltungen, dieses Gebäude, kritische Infrastruktur. Das, was wir in Berlin liefern durch die Gasnetzinfrastrukturen, richtet sich zu fast 90 Prozent an geschützte Kunden. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass der industrielle Sektor in dieser Stadt klein ist.

In Brandenburg ist es ein bisschen anders verteilt. Wir überblicken aber nicht den kompletten brandenburgischen Raum, da wir zwar 150 einzelne Konzessionen in Brandenburg betreiben und das Gelenk eigentlich ganz gut zeigen können, aber natürlich nicht ganz Brandenburg überschauen. Das heißt, wenn wir unter dem reinen Sicherheitsaspekt draufgucken und überlegen, was morgen passiert, wenn wir morgen oder übermorgen ein Gasembargo haben, dann haben wir grundsätzlich eine Ausgangslage, dass wir die meisten Räume, weil sie zum geschützten Kundenkreis gehören, in dieser Stadt vermutlich weiter versorgen können. An der Stelle gibt es eine technische Fragestellung, nämlich Gas ist nicht wie Strom. Es ist nicht einfach da, wo man es braucht, sondern man muss es transportieren. Es muss fließen. Man muss Ströme haben. Die Ströme kehren sich dann um im Land. Die beiden großen Pipelines, die heute den Osten der Republik versorgen, die über die Ukraine und Slowakei zu uns kommen und oben über Nord Stream – in Polen läuft schon seit einigen Monaten nichts mehr durch –, werden außer Betrieb gehen. Wir werden das Gas eher aus dem Westen und aus dem Norden, also über die baltischen Pipelines ins Land bringen müssen. Das haben wir noch nie gemacht, aber wir sind eigentlich ganz zuversichtlich, dass das geht mit niedrigen Drücken. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir in Berlin, jetzt haben wir Sommer, weiter warm duschen können und dann im Winter auch genug Gas haben, um heizen zu können, ist hoch. Ich glaube nicht, dass wir kalte Heizungen sehen werden. Das ist aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger eine teilgute Nachricht, denn wir haben immerhin noch einen erklecklichen Anteil von Gaslieferungen, die im Gewerbe und in der Industrie genutzt werden, und da sieht es anders aus.

Über die Abschaltreihenfolge, was mit den einzelnen Betrieben passiert, entscheiden nicht wir. Das ist inzwischen weidlich bekannt. Das macht die Bundesnetzagentur. Die ist hier redlich bemüht. Wir erleben sowohl eine Bundesregierung als auch sonstige Behörden, die ihr Äußerstes tun, um mit der Lage, die wir so nicht vorhergesehen haben, klarzukommen. Sind wir uns sicher, dass wir die perfekte Abschaltreihenfolge vorfinden? – Wenn das Gasembargo morgen kommt, dann ist die Antwort: nein. Sind wir darauf besser vorbereitet als vor drei Monaten? – Da ist die Antwort klar: ja. Wir haben mit den Unternehmen in unserem Netzgebiet, die sprechen wollten, gesprochen. Wir haben eigene Kriterienkataloge gemacht, denn wir gehen davon aus, dass es ein eigenes Element unseres Netzbetreibers geben wird, wenn es

kurzfristig zu einem Gasembargo kommen sollte. Wir sehen die Bundesnetzagentur noch nicht in der Lage, flächendeckend Abschaltreihenfolgen vorzugeben, wenn es kurzfristig passiert. Das ist nicht ganz einfach ehrlicherweise nach vorne heraus, aber wir haben die Zeit durchaus genutzt, um uns ein besseres Bild der Kunden zu machen. Die Kommunikationswege stehen, und wir haben durchaus Kriterien, nach denen wir es abschalten können. Die kann man aber heute kaum benennen, denn die Situation, mit der wir es zu tun haben, wird ganz individuell sein. Da geht es darum: Wie viel Gas steht zur Verfügung, wie viel nicht? Wie schnell geht es? Alle diese Fragen werden dann eher kurzfristig beantwortet werden müssen.

In Summe ist für Berlin das Ausfallrisiko an zur Verfügung stehender Energie begrenzt. Für Deutschland – in Deutschland werden diese Entscheidungen bundesweit getroffen – wäre es eine ziemliche Katastrophe, auch heute noch. Wir stehen vor einer extremen Herausforderung. Die trifft andere Regionen mehr als uns. Die trifft vor allen Dingen die industrialisierten Ecken des Landes stärker als uns: die Rhein-Main Schiene, Teile Niedersachsens, in denen wir einen ganz anderen wirtschaftlichen Einfluss hatten, als wir ihn während Corona gesehen haben.

Was damit einhergeht, und das ist unabhängig von der Situation, wie schnell und ob es überhaupt kommt, sind steigende Rohstoffpreise. Das ist ein Thema, das ein bisschen neben Ihrem Ausschussthema heute liegt, das ich aber einmal auf den Tisch legen möchte. Wir haben steigende Gaspreise gesehen. Die Preise haben sich nachhaltig mindestens vervierfacht, und nicht nur kurzfristig nach morgen und übermorgen, sondern inzwischen auch für das nächste Jahr und für das Jahr 2024. Eine Vervielfachung der Gaspreise bedeutet, dass, wenn man es mal grob über den Daumen peilt und bisherige Gasverbräuche erstellt, für jeden Erwachsenen Deutschland 1 000 Euro pro Jahr in der Rechnung fehlen, und das ist nur Gas. Das ist noch nicht angekommen in den Gaspreisen, weil wir es anders machen als die Tankstellenbetreiber. Wir geben die Preise weiter, zu denen wir eingekauft haben, und zwar gestern, und nicht die Preise, zu denen wir morgen einkaufen müssen. Das führt dazu, dass wir heute zu Preisen einkaufen, die deutlich über dem liegen, was unsere Kunden heute zahlen, weil es Mischpreise sind. Das ist ein Portfolio von Preisen, die wir über einen längeren Zeitraum eingekauft haben. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass die Preisentwicklung noch nicht zu Ende ist.

Jetzt noch mal zurück zum Thema Versorgungssicherheit: Wir haben der Presse entnehmen können, Sie haben es der Presse entnommen, dass wir eine Mengenkürzung auf der Nord-Stream-1-Pipeline haben. Die Nord-Stream-1-Pipeline, wenn sie denn vollläuft, bringt ungefähr die Hälfte des Jahresbedarfs Deutschlands, grob über den Daumen gepeilt, nach Deutschland. Sie lief zurzeit auf Vollast, denn die polnische Pipeline hat schon seit Monaten nichts mehr gebracht, und die Slowakei-Pipeline ist teileingeschränkt. Wenn wir hier eine 40-prozentige Kürzung haben, und die sehen wir tatsächlich physisch, die gibt es, das ist kein Gespenst, die haben wir seit gestern im System, dann bedeutet das, je nachdem, wo wir gerade stehen, irgendwo zwischen 15 und 20 Prozent Gas sind weniger im Land – deutscher Verbrauch. Das setzt sich natürlich nach Europa fort. Die physischen Flüsse verändern sich. Da sind wir an der Stelle, wo es ernst wird. Alles was wir bislang gesehen haben, die kleinen Scharmützel rings um die Niederlande, Dänemark, Polen waren nur Schaulaufen, aber das hier ist jetzt ernst.

Wir haben gesetzliche Regelungen, und damit bin ich schon am Ende der mir zur Verfügung stehenden Zeit, die es wiederum der Bundesnetzagentur erlauben, eine Regelung auszurufen,

die erst seit wenigen Tagen in Kraft ist, das Energiesicherheitsgesetz oder die Neufassung des EnSiG, erst seit dem 1. Juni in Kraft. Der kann jetzt ein Mechanismus greifen, wenn die Bundesnetzagentur zu der Überzeugung kommt: Wir haben eine wesentliche Verschlechterung der Versorgungslage, der Liefermengen, die dazu führt, dass die Preisanpassungsregeln sich ändern. Dann können wir nicht, wie bislang, mit langen Vorläufen und entsprechenden Anpassungen die Preise sowohl im gewerblichen als auch im Privatkundensegment ändern, sondern dann werden wir gezwungen, weil unsere Vorlieferanten dann innerhalb eines Wochenzeitraums die Preise anpassen können, diese Preissteigerungen weiterzugeben. Das kann passieren. Das ist nicht mehr ausgeschlossen seit gestern. Ich habe die große Hoffnung, dass uns das erspart bleibt, denn der Prozess ist technisch fast nicht umsetzbar. Wenn man mal überlegt, dass wir alleine für einen solchen Prozess im Privatkundenbereich 450 000 Briefe verschicken müssen, und das müssen wir nach den neuen Regeln, können Sie sich vorstellen, dass wir angefangen haben, Papier vorzubestellen für solche Fälle, also eine etwas unangenehme Lage. Man kann hoffen, dass das Geplänkel ist. Man kann hoffen, dass Putin an der Stelle zündelt. Wir haben halbwegs ordentliche Speicherstände zurzeit. Wir haben zwei, drei Möglichkeiten mehr. Wie sich die Bundesregierung, die Bundesnetzagentur sich entscheidet, kann ich heute nicht sagen. Was aber bleibt, ist ein Trend, den wir sehen werden und der diese Stadt sozial treffen wird. Wir werden einen Trend sehen, dass die Energiepreise weiter steigen. Das gilt nicht nur für Gas, das gilt genauso für Öl und Strom, der am Ende auch am Kohle- und Gaspreis hängt. Wir werden mit diesem Thema weiter umgehen müssen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Friedrichs, für Ihre Ausführungen! – Wir machen weiter mit Herrn Margraf von der IHK. – Bitte sehr, Herrn Margraf!

Simon Margraf (IHK): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für Ihre Einladung hier in den Ausschuss, für die Berliner Wirtschaft sprechen zu dürfen! – Wir als IHK vertreten 300 000 Mitgliedsunternehmen vom kleinen Buchladen bis zum großen Konzern. Sie können sich vorstellen, dass auf die Energiekrise die Auswirkungen dieses Krieges ganz unterschiedlich wirken, in unterschiedlicher Betroffenheit. Da versuche ich, Sie heute ein wenig reinzubringen und Ihnen eine globale Ableitung für die Berliner Wirtschaft mitzugeben. Insgesamt müssen wir sagen, dass wir es hier, das haben Sie mit Sicherheit in diesem Ausschuss auch besprochen, mit überlappenden Krisen zu tun haben. Die Coronakrise, die Coronapandemie ist für sich genommen noch nicht überwunden. Das sind Herausforderungen, die weiterhin am Markt und auch für die Wirtschaft bestehen. Die Lieferkrise gibt es nicht erst seit dem Ukrainekrieg. Die haben wir schon vorher gehabt. Die Strompreise sind auch schon vor dem Ukrainekrieg gestiegen. Auch diese Effekte haben schon stark auf die Wirtschaft gewirkt, wirken auch immer noch und verstärken sich durch die aktuelle Krise.

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, und da schließe ich mich dem Kollegen von der IG BCE an: Während die erste Krise, die Coronakrise, eine Krise war, die von außen auf uns zugekommen ist, wo wir am Ende gesagt haben nach zwei Jahren: Wir haben etwas gelernt, es hat sich etwas in den Betrieben verändert, wir haben uns digitalisiert, wir sind flexibler geworden, auch die Teams sind zusammengerückt –, ist an der neuen Krise, an dem Krieg, überhaupt nichts gut. Das muss man ganz ehrlich sagen. Da ist gar nichts gut. Da werden Werte zerstört, Menschenleben werden gelassen. Deswegen war es uns auch wichtig als Kammer mit Start dieses Krieges und dieser Krise, und das hat unser Präsident ganz deutlich

gemacht, auch zu sagen: Die Wirtschaft wird einen Teil der Kosten tragen, die dieser Krieg auslöst, und ist bereit, sich in die Verantwortung zu begeben.

Natürlich befinden wir uns heute, 100 Tage nach Beginn des Krieges, in der Situation, wo wir darüber sprechen müssen, wie wir hier in Berlin, in Deutschland das Leben, die Versorgung aufrechterhalten, die Lasten gut verteilen und an dieser Stelle auch für einen Ausgleich der Lasten sorgen. Deswegen sind wir heute hier zusammengekommen. Man muss dazu sagen, dass wir in Berlin natürlich extrem von der Krise betroffen sind, nicht nur Ostdeutschland. 75 Prozent des primären Energiebedarfs wird durch Öl und Gas in der Stadt gedeckt, und vom Verbrauch gehen 28 Prozent auf den Verkehr, 44 Prozent auf die Gebäude und 13 Prozent auf die Wirtschaft. Nun kann man sagen, 13 Prozent für die Wirtschaft ist doch der kleinere Teil, aber wenn Sie sehen, dass man das Auto auch mal stehen lassen kann und dann hat man etwas Treibstoff gespart, oder am Gebäude das Thermostat mal ein halbes Grad runterdreht, dann hat man hier beim Thema Gebäude auch etwas gespart, aber innerhalb der Wirtschaft, wenn da ein Fließband stillsteht, wenn die Logistik nicht mehr möglich ist, weil Treibstoffe nicht verfügbar oder zu teuer sind, dann hat das nicht nur direkte Auswirkungen auf die Wirtschaft, sondern auf die Berliner Gesellschaft insgesamt, auf die Arbeitsplätze und auf den Wirtschaftsstandort.

Die besondere Betroffenheit habe ich Ihnen aufgezeigt. Beim Thema Treibstoff ist es tatsächlich die gesamte Wirtschaft. Öl betrifft über direkte und indirekte Effekte natürlich alle Branchen. Beim Thema Gas, wenn wir nicht nur über Preise, sondern auch über mögliche Auswirkungen des Embargos sprechen, sind natürlich insbesondere die Ernährungswirtschaft, Metall- und Elektroindustrie betroffen. An dieser Stelle geht es auch immer darum, über Produktionsketten zu sprechen. Ein Gasimportstopp hätte tatsächlich in der Frage des Notfallplans und der Versorgung einzelner Industriezweige Ketteneffekte, die es aus unserer Sicht auszuschließen gilt.

Um Ihnen ein aktuelles Bild der Wirtschaft mitzubringen und auch auf die Gesamtwirtschaft und die gesamtwirtschaftlichen Folgen zu schauen, möchte ich Ihnen kurz einen Einblick in unsere aktuelle Konjunkturumfrage geben, die wir repräsentativ bei einem breiten Querschnitt der Berliner Wirtschaft vornehmen und wo wir deswegen auch sagen können: Das ist die aktuelle Situation in den Berliner Unternehmen. Wir haben die Umfrage Ende April, Anfang Mai durchgeführt, es ist also schon etwas Zeit ins Land gegangen. Man kann davon ausgehen, dass sich die Sorgen bzw. die Betroffenheit eher noch vergrößert hat. Damals haben uns die Unternehmen gesagt: Zwei Drittel der Unternehmen sind bereits betroffen von gestiegenen Energiepreisen. Es ist nicht die Industrie, die ganz vorne steht, sondern, es wird Sie vielleicht überraschen, vielleicht auch nicht, das Gastgewerbe hat zu 100 Prozent gesagt, dass sie von gestiegenen Energiepreisen betroffen sind und dass ihnen das Sorge bereitet. Daneben ist es auch noch insbesondere der Bau. Dann kommt die Industrie und an vierter Stelle der Handel, was uns auch zeigt, dass sozusagen bei einem allein fokussierten Blick nur auf die Industrie Vorsicht geboten ist, dass gerade die Schlüsselbranchen in dieser Stadt wie Bau und Gastgewerbe auch sehr stark betroffen sind. Das sind insbesondere mit dem Gastgewerbe auch Branchen, wo wir geringe Margen haben, wo die Preissteigerungen in einigen Energiesegmenten starke Auswirkungen auf das Geschäft haben und hier auch nicht die Möglichkeit besteht, die Preissteigerungen immer an den Kunden weiterzugeben.

Was auch noch wichtig ist, ist das größte wirtschaftliche Risiko der Unternehmen. Wir befragen dreimal im Jahr, und das seit vielen Jahren, was für die Unternehmen das größte wirtschaftliche Risiko ist für die zukünftige Entwicklung im Betrieb. Die Ausschläge beim Thema Rohstoff- und Energiepreise dümpelten immer in den letzten Jahren bei 10 Prozent der Unternehmen herum. Um die 10 Prozent, haben die Unternehmen gesagt, ist das ein wirtschaftliches Risiko für uns. Es ist in der letzten Umfrage auf den Wert von 62 Prozent gestiegen. Das ist jetzt das zweitstärkste Wirtschaftsrisiko. Auf Platz eins steht immer noch der Fachkräftemangel trotz Krise. Das ist auch ein Phänomen in Berlin. Hier kommt sozusagen die überlappende Krise dann auch zustande. Was wir vielleicht heute auch noch besprechen: Wie kommen wir langfristig aus dieser Krise heraus, wenn es um mittelfristige Strategien geht? – Da geht es auch darum, die Energiewende zu meistern, Klimaschutzstrategien fortzuführen, und dafür braucht es natürlich auch Fachkräfte, das heißt, hier befinden wir uns in einem besonderen Fahrwasser.

Was muss aus unserer Sicht kurzfristig geschehen? – Es freut mich, dass Herr Friedrichs hier ein positives Signal gesetzt hat für den Winter. Ich glaube, ganz kurzfristig ist es wichtig für die Unternehmen, jetzt ist die Psychologie auch im Spiel, sozusagen ein Signal zu geben, dass die Politik und auch die Versorger nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, die Versorgungssicherheit abzusichern, weil die Investitionsneigung extrem gesunken ist. Das haben wir festgestellt, und gerade das hängt auch damit zusammen, wenn wir in die Zukunft schauen: Wie sicher fühlen sich Unternehmen am Standort? Können sie sicher sein, dass das Unternehmen auch noch tragfähig ist in der Kostenstruktur, also sozusagen im nächsten halben oder Dreivierteljahr? Da ist der Hinweis der Politik und auch der Versorger wichtig zu sagen: Auf kurze Frist können wir sicherstellen, dass die Versorgung sichergestellt ist. Mittelfristig, und jetzt schau ich auf den Winter und den späten Herbst, müssen wir aus heutiger Sicht sagen, dass ein Embargo schwerwiegende Konsequenzen hätte und dass wir auch von der Politik erwarten, Notfallpläne und Versorgungsalternativen zur Verfügung zu stellen, und wir auch eine gerechte Verteilung der Kosten erwarten und das nicht nur innerhalb der Verbraucher in Berlin, sondern auch mit Blick auf die Bundespolitik und auch auf die besonderen Auswirkungen im Nordosten, in Berlin und Brandenburg und die Abhängigkeit auch von Schwedt von russischem Erdöl. Es wird Alternativen geben, aber wir gehen bisher davon aus, dass die Benzinpreise dann im Nordosten stärker steigen könnten als im Südwesten. Dieses Szenario ist eines, wo wir mit Blick auf unsere Mitglieder darauf drängen, dass versucht wird, diese Lasten innerhalb Deutschlands zu verteilen. Wenn wir langfristig sprechen, und darüber werden wir heute vielleicht auch noch sprechen, geht es natürlich darum, den Weg in die Klimaneutralität trotzdem sicherzustellen unter diesen Bedingungen, aber gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu gewährleisten. Nachhaltige Lösungen sind welche, die ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltig sein müssen, und das funktioniert tatsächlich nur, wenn Unternehmen auch betriebswirtschaftlich wirtschaftlich arbeiten können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Margraf, für Ihre Ausführungen! – Dann würde ich Sie, Frau Dr. Peter, bitten, für den Bundesverband Erneuerbare Energie Ihr Statement zu machen. – Bitte sehr!

Dr. Simone Peter (Bundesverband Erneuerbare Energie): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! – Auch von unserer Seite vielen Dank für die Einladung an den Ausschuss! Ein wichtiges zentrales Thema ist die

Energieversorgung, die Energiesicherheit. Ich bin vielleicht gerade jetzt gut aufgehoben, den Ball aufzunehmen beim Thema Klimaneutralität, aber lassen Sie mich ein paar Ausführungen zur aktuellen Situation machen. Natürlich ist das Thema Energiesicherheit verstärkt in den Fokus nicht nur der politischen, sondern auch der öffentlichen, wirtschaftlichen, sozialen Debatte gerückt. Wir haben seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine eine Neubewertung der Energiesituation vornehmen müssen, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Die Kosten- und Versorgungskrise beschäftigt uns zwar schon etwas länger, weil wir schon im letzten Herbst gerade beim Gaspreis Ausschläge gesehen haben, die schon angedeutet haben, dass das Gas, was im Strom- und Wärmebereich die Preise setzt, hier starken Fluktuationen unterlegen ist. Jetzt kommt eine Versorgungskrise dazu, weil wir, wie wir alle wissen, sehr stark von Importen, gerade von Russland, abhängig sind. Die Zahlen muss ich nicht nennen, die sind schon mehrfach genannt worden.

Die Bundesregierung, die sehr ambitioniert gestartet ist mit Vorschlägen im Koalitionsvertrag, musste dann gleich mit dem Beginn des Krieges noch mal neu bewerten. Deswegen ist es gut, dass der Fokus darauf gelegt wurde: Was können wir kurzfristig an Ersatz beschaffen, an Diversifizierungen vornehmen zum Beispiel beim Gas? Was LNG angeht aus anderen Ländern, wird das eine Möglichkeit sein, mittelfristig etwas abzufedern, und sollte aus unserer Sicht jetzt keine langfristigen Strukturen bilden, weil wir tatsächlich in Richtung Klimaneutralität gehen müssen. Die Europäer haben gerade das Ölembargo beschlossen. Das ist gerade auch benannt worden. Aus unserer Sicht hat es einen geringeren Effekt als das Gasembargo, weil laut BMWK wir wohl bis Ende des Jahres die Bedarfe zu decken versuchen können, während beim Gas das mindestens bis 2024 dauern wird, bis man den Anteil des russischen Gases ersetzen, kompensieren oder einsparen kann. Die Füllstände der deutschen Gasspeicher sind, ähnlich wie in Europa, im Moment noch auf dem Stand wie in den letzten Jahren, ich glaube, europaweit bei 51 Prozent. Das habe ich mir gerade gestern herausgesucht. In der Tat ist es so, dass mit Nord Stream 1 eine Delle zu verzeichnen ist. Da muss man sehen, ob sich das mit den Wartungsarbeiten über den Sommer noch mal füllt oder nicht. Klar ist, wir brauchen Ersatzmöglichkeiten, was Schwedt angeht. Auch darauf möchte ich noch mal kurz eingehen. Die Bundesregierung, das BMWK, will alles unternehmen, damit weiter produziert werden kann, dass Öl über Polen, Rostock auch noch fließt, selbst wenn Rosneft draußen ist, dass man auch die Ölreserven nutzt. Klar ist aber auch, man wird diesen Standort zukunftsfähig aufstellen müssen. Da ergeben sich Optionen, die heute schon zu diskutieren sind, ob das jetzt grüner Wasserstoff ist oder E-Kerosin, was auch über Teile der Leitungen von Nord Stream 2 verteilt werden kann in den ostdeutschen Ländern. Das wären Perspektiven, die man heute schon mitdenken muss. Klar ist aber, es geht um eine soziale, ökonomische und ökologische Perspektive, und hier ist das BMWK aus meiner Sicht sehr bemüht.

Was aber ganz zentral ist, ist, dass wir jetzt auch darüber nachdenken: Wie können wir das mit klimafreundlichen und heimischen Energieträgern abdecken? Wir haben hier Potenziale, und die sind auch in Berlin und Brandenburg zu nutzen. Grundsätzlich ist es so, dass der Bedarf in Brandenburg und Berlin übergreifend gesehen und auch gedeckt werden muss. Die Ost-MPK hat gerade Beschlüsse gefasst, die deutlich gemacht haben: Es gibt große Flächen, die in Brandenburg zu nutzen sind. Es gibt Möglichkeiten in Berlin. Das Thema Solarenergie ist genannt worden für den Strom- und Wärmebereich. Wir haben Möglichkeiten, im Wärmebereich regionale Wärmenetze, Fernwärme zu speisen durch Alternativen. Das Thema Geothermie ging auch gerade durch die Presse. Hier will der Senat auch unterstützen. Es gibt Potenziale, um tiefe Erdwärme zu nutzen. Wir müssen jetzt Boosterprogramme auflegen, um die

Solarthermie auf die Dächer zu bringen, die Photovoltaik zu decken, aber auch Wärmepumpen in den Bestand zu bringen, Wärmenetze aufzubauen, die durch erneuerbare Energieträger gespeist werden können, ob das Bioenergie ist, Geothermie oder die Wärmepumpe.

Wir haben leider ein Jahrzehnt verloren im Aufbau der Kapazitäten. Wir haben etwa 100 000 Arbeitsplätze im Solar- und Windbereich bundesweit verloren in den letzten Jahren, weil die Weichen nicht in Richtung Energiewende gestellt wurden. Das hat auch heute konkrete Auswirkungen auf Preise und auf die Versorgung. Da müssen wir schnell wieder andocken. Die Bundesregierung hat ein Osterpaket vorgelegt und arbeitet an einem Sommerpaket. Die gute Nachricht ist, es gibt wieder Investoren, die anschlussfähig sind, ob das Meyer Burger in Sachsen oder Solarwatt, die Solarzellen produzieren, sind. Auch die Windbranche versucht, sich wieder aufzustellen, um heimisch zu produzieren, weil klar ist, von dem jetzigen Knappstand 50 Prozent Ökostrom in den Netzen müssen wir auf 100 Prozent sehr schnell im Strombereich kommen, und wir brauchen alle Technologien im Wärmebereich, um die Bedarfe zu decken. Hier spielt das Thema grüner Wasserstoff eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, in der Industrie Ersatzbedarfe zu mobilisieren. Den sehen wir vor allen Dingen in der Industrie. Bei Mobilität, Wärme und sonstigem Strombedarf sollte man direkt die erneuerbaren Energien einsetzen.

Hier sehen wir auch große Möglichkeiten in Berlin und Brandenburg. Berlin hat in der Dienstleistung, in der Produktion eine stabile Arbeitsfähigkeit. Tatsächlich muss das Thema Handwerkfachkräfte massiv in den Fokus genommen werden. Es gibt es ein Boosterprogramm. Wir sagen, die Handwerkerin von heute ist die Klimaretterin von morgen, um alle Heizungssektoren umzustellen auf die erneuerbaren Energien in den nächsten Jahren. Da muss es noch ambitioniertere Programme, größere Förderprogramme, besseren sozialen Ausgleich in den nächsten Jahren geben. Die Potenziale sind da. Wir haben für jedes Wärmeproblem eine technische Lösung und können das angehen, in der Kombination mit Brandenburg, die große Flächen haben, um Wind und Solar zuzubauen, aber auch die Bioenergie zu nutzen. Wenigen ist bekannt, dass wir mit den 9 000 Biogasanlagen, die wir bundesweit haben, kurzfristig 4 bis 5 Prozent des russischen Gases, mittelfristig 20 Prozent und langfristig sogar 60 bis 80 Prozent ersetzen könnten, wenn wir mehr Rest- und Abfallstoffe nutzen – da geht es gar nicht um mehr Anbaubiomasse –, wenn wir flexibel einspeisen, wenn Wind und Sonne nicht scheinen. Darüber reden wir auch gerade mit der Bundesregierung. Wir sind auch dabei, im Qualifizierungsverbund Lausitz mit der LEAG zum Beispiel zu besprechen, wie man diese Flächen nutzen kann, Sonne und Wind aufzubauen. Das sind große Flächen in den Braunkohlerevieren, die man nutzen kann. Hier ist klar, da wird es auch eine Kooperation der Energie-region Berlin-Brandenburg geben müssen, um die verschiedenen Kompetenzen, die in beiden Regionen liegen, sowohl in der Hauptstadt als auch im umliegenden Land, tatsächlich zu nutzen.

Kurzfristig wird es eine große Herausforderung sein, weniger mit einem Ölembargo. Wenn ein Gasembargo käme oder ein Lieferstopp aus Russland proaktiv von russischer Seite, wäre das eine Herausforderung. Wenn wir hören, Berlin kann das vielleicht noch einigermaßen stemmen, für die Bundesrepublik wird es schwierig. Da muss man alles tun, um Bedarfe zu organisieren. In der mittel- bis langfristigen Perspektive haben die erneuerbaren Energien hier ein hohes Potenzial. Global wird immens in erneuerbare Energien investiert. Knapp 800 Milliarden Euro waren es im letzten Jahr global, vor allen Dingen in erneuerbare Ener-

gien, in Speicher, in grünen Wasserstoff, und da sollte Deutschland ein Industrie- und Produktionsstandort bleiben, und das können auch Berlin und Brandenburg. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Dr. Peter, auch für Ihre Ausführungen! – Dann gehen wir jetzt in die Frage- und Rederunde der Kollegen ein. Wir fangen an mit Bündnis 90/Die Grünen. – Herr Kollege Dr. Taschner, bitte sehr!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank von mir auch an die Anzuhörenden, die wirklich sehr aktuelle und spannende Themen adressiert haben, von der sehr kurzfristigen Situation in Schwedt, wo wir schnelle Lösungen finden müssen – von Herrn Friedrichs: Da wissen wir noch nicht genau, ob wir zu einem Problemfall kommen – bis hin zu Frau Peter, die noch mal ganz klar die Zukunftsperspektive aufgemacht hat. Als energiepolitischer Sprecher werde ich mich jetzt vor allem auf energiepolitische Fragen konzentrieren. Meine Kollegin macht dann später ein bisschen mehr Wirtschaft und Industrie.

Ich fange mal mit Schwedt an. Frau Peter hat die Bundesregierung zitiert, die mehr oder weniger sagt: Bis Jahresende kriegen wir russisches Öl vollständig ersetzt. – Also scheint erst einmal nicht die Menge des Öls in Deutschland das Problem zu sein, sondern eher: Wie bekommen wir das Öl zum Beispiel jetzt nach Schwedt oder nach Leuna? – und vor allem: Was für Öl ist das? Da hat Frau Schwesig auch gestern, vorgestern ganz klar den Hafen Rostock angesprochen und die Möglichkeit, über Rostock Schwedt zu beliefern. Polnische Sachen, da wird, seitdem man über dieses Ölebargo spricht und Schwedt und Leuna damit adressiert, auch immer gesagt: Sind das wirklich Möglichkeiten? Wie schnell kriegen wir sie letztendlich? Liegen da schon Informationen vor? Und dann natürlich die Frage, welches Öl es ist. Wie ich es verstanden habe, ist es bei den Kohlekraftwerken ähnlich. Ich kann nicht jede Kohle reinschmeißen, sondern die muss schon auch mixmäßig richtig abgestimmt sein, weswegen wir zum Beispiel polnische Kohle in Berlin nie hatten, sondern eher russische, amerikanische Kohlemixe. Das scheint beim Erdöl offensichtlich auch so zu sein. Bei den Kohlekraftwerken habe ich immer das Gefühl gehabt, man bekommt es relativ einfach hin. Wie schwierig muss ich mir das jetzt zum Beispiel beim Öl vorstellen? Wie groß ist jetzt wirklich dieser Unterschied an unterschiedlichen Ölsorten?

Frau Peter hat noch mal die Ölreserven angesprochen, die wir auch noch ranziehen können. Da frage ich mich: Wo liegen diese Ölreserven? Sind die jetzt in Baden-Württemberg, und wir bekommen sie gar nicht nach Ostdeutschland? Und dann die Frage: Was ist das für ein Öl? Lagern wir russisches Öl ein oder sonstiges Öl? Wie ist das theoretisch kompatibel mit Leuna und Schwedt?

Herr Friedrichs! Sie habe es nicht genau gesagt, aber wie groß ist denn jetzt die Abhängigkeit der Gasversorgung Berlins vom russischen Gas? Ist es da ähnlich wie beim Öl? Da war, glaube ich, von 90 Prozent die Rede. Die Zahl haben Sie sicherlich gleich da.

Dann sind wir gerade dabei – das ist auch schon angesprochen worden –, auf LNG umzustellen. Da wird auch diskutiert, ob man zum Beispiel über polnische Pipelines Dinge ranschaffen kann. Wie sehen Sie hier die Möglichkeit, auch kurzfristig, abgesehen von den zwei schwimmenden Tankern an der Nordseeküste, für Berlin näher an LNG ranzukommen?

Dann die Frage, die uns umtreibt: Nur Versorgungssicherheit und nicht Preise. – Es heißt immer, 2022 müssen wir nicht frieren. Bei der Industrie wissen wir es letztendlich noch nicht. Ist es so, dass wirklich 2022/2023 die Problemjahre sind? Sehen Sie es ähnlich wie Vattenfall, ab 2024 hat sich sozusagen das Erdgassystem so umgestellt, dass wir nicht mehr in die Versorgungsgefahr kommen, kein Erdgas mehr zu haben?

Frau Peter! Sie haben das Osterpaket angesprochen, das jetzt auf den Weg gebracht worden ist. Da ist auch ziemlich viel Solar drin. Welche Impulse kann das speziell für Berlin haben? Kriegen wir aus Ihrer Sicht noch mal so einen richtigen Solarbooster für diese Stadt? Wir haben das Problem, dass es bisher noch nicht so lief, aber es da so viel schon drin, dass man sagt: Das passt? Das Sommerpaket haben Sie auch angesprochen. Da interessiert mich, was der BEE sieht, was man noch ins Sommerpaket reinpacken müsste, vielleicht auch mal mit Blick eher auf die urbanen Räume.

Zum Schluss noch mal den ganz weiten Blick nach vorne: Wasserstoff, Frau Peter, Sie haben es schon angesprochen. Wie sehen Sie die Verfügbarkeit – die ganze Welt will, glaube ich, jetzt Wasserstoff haben, am liebsten soll er auch grün sein –, und wo setzen wir ihn ein? Vattenfall will ihn auch in der Fernwärme einsetzen. Ich glaube, die GASAG – Herr Friedrichs, das ist auch eine Frage an Sie – plant auch einen Umstieg, vielleicht sogar ein eigenes Wasserstoffnetz. Da gab es einen interessanten Workshop auf den Energietagen. Vielleicht können Sie dazu noch mal etwas sagen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann bin ich selber dran für die SPD-Fraktion.

Jörg Stroedter (SPD): Ich will vorab sagen, dass meine Bedenken gegen ein Embargo nicht kleiner geworden sind in den letzten Tagen, sondern eher größer. Ich will das hier auch begründen und die eine und andere Frage stellen. Herr Dr. Taschner hat mir in gewisser Weise schon die Vorlage gegeben, indem er gefragt hat: Was ist das für Öl, das wir einlagern als Ölreserve? Ist das russisches Öl oder nicht? Das ist noch das Öl aus der Vergangenheit. Die spannendere Frage für mich ist, wenn wir das Öl nicht von Russland kaufen, aber Russland verkauft zum Beispiel nach Indien, das ist aktuell passiert, und wir kaufen es dann von Indien, ist das dann gewaschen? Ist das dann sozusagen außerhalb des Embargos, oder was ist das? Ich glaube, wir machen uns da etwas vor. Bisher ist es so, dass Russland auf dem Weltmarkt sehr gut seine Produkte absetzen kann, und die Gewinnspanne ist im Augenblick trotz des Teilembargos eher größer als kleiner geworden. Deshalb muss man sich fragen, ob das evident ist.

Das andere ist, das möchte ich Frau Dr. Peter fragen: Welche Chancen haben wir denn – ich habe selber mal die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ geleitet –, schneller in erneuerbare Energien zu kommen? Das ist doch der entscheidende Punkt für mich und nicht die Frage: Wie kriege ich das Öl oder das Gas von Russland in irgendeiner Form gewaschen über einen anderen Staat dann wieder zu uns? Das würde mich interessieren.

Herr Friedrichs! Ich würde jetzt gerne etwas zu den Auswirkungen bei der GASAG hören. Wir haben jetzt Sommer, und noch ist das alles relativ überschaubar. Wir stellen fest, wir sind besonders vom Gas abhängig, aber noch ist nichts passiert. Wir haben aber den Winter vor uns. Das hat einerseits Auswirkungen für die Betriebe, die abhängig sind, das hat aber auch für viele Berlinerinnen und Berliner Auswirkungen, und da geht es natürlich auch um das Thema Gassperren und Stromsperren, Thema Energiearmut. Darüber haben wir als Koalition sehr intensiv geredet. Wie sieht denn das aus? Wie soll das weitergehen, wenn die Preise so hoch anziehen, dass Sie dann Probleme mit vielen Ihrer Kunden bekommen, die nicht bezahlen können? Wie werden Sie sich da verhalten bezüglich Gassperren? Sie wissen, wir als Koalition wollen, dass das nicht stattfindet.

Dann würde ich zum Thema Flüssiggas eine Frage stellen. Da gibt es die Erklärung, ich lerne permanent politisch dazu – – Vor Kurzem wurde mir gesagt, wir dürfen nicht zur Fußball-WM nach Katar fahren aus bekannten Gründen, die unstrittig sind. Jetzt fährt sogar der Bundeswirtschaftsminister dahin und bedankt sich, dass wir Ende 2024, das ist das Ergebnis, möglicherweise Flüssiggas bekommen. Was bedeutet das für Sie als GASAG? Was hat das für Konsequenzen, und was heißt überhaupt Ende 2024? Wir haben jetzt Sommer 2022. Was hilft uns das in der Diskussion, die in den nächsten ein, zwei Jahren entsprechend stattfindet?

Dann habe ich eine Frage sowohl an den Gewerkschaftsvertreter als auch die IHK, aber auch an den Senat zum Thema Schwedt. Dietmar Woidke hat da eine relativ klare Position gehabt: Schwedt ist unverzichtbar, sowohl was die Arbeitsplätze betrifft als auch die Auswirkungen für die Betriebe. Nun gab es die Konferenz der Ministerpräsidenten des Ostens, und da ist dann so eine Garantieerklärung gekommen. Da hätte ich gern die Einschätzung der IHK, der Gewerkschaft und des Senats. Findet denn das statt, oder ist das Problem, dass im Südwesten dann möglicherweise noch genug Öl zur Verfügung steht, das Problem aber hier im Nordosten da ist? Wie sieht die Solidarität dann aus? Wie soll die Verteilung laufen? Was soll mit den Arbeitsplätzen in Schwedt entsprechend passieren? Vielleicht gibt es darüber auch entsprechende Informationen.

Von der IHK, Herr Margraf, würde ich generell detailliert hören – Sie haben gesagt, die Gastwirtschaft hat besonders protestiert, und die ist auch durch Corona schon besonders angegriffen –, wo Sie da die Gefahr sehen, bezogen auf den möglichen Verlust von Arbeitsplätzen. Ich weiß, in der Gastwirtschaft gibt es noch das andere Problem, dass viele Mitarbeiter suchen, weil die in den unsicheren Zeiten ausgestiegen sind. Wenn man da jetzt wieder Druck rein gibt, wie wahrscheinlich ist es, dass man dort Mitarbeiter findet mit der Konsequenz, dass wieder insgesamt Betriebe in Not geraten?

Dann würde ich gerne noch mal etwas zu den Preisen wissen. Ich habe ein Papier bekommen, da heißt es, dass seit dem Ukrainekrieg die Heizölpreise in Berlin um 53 Prozent gestiegen sind. Das hört sich relativ harmlos an. Ich habe selber mit Leuten gesprochen, die im Juni 2020 Heizöl bestellt haben und die jetzt Heizöl bestellt haben, und da reden wir nicht über 53 Prozent, da reden wir über 300 Prozent. Zwischendurch kosteten zum Beispiel 3 000 Liter meistens 2 000 bis 2 200 Euro. Im Juni 2020 war eine Delle von 1 600 bis 1 700 Euro. Aktuell kosten 3 000 Liter, egal, wo Sie hingehen, 4 800 Euro. Da kann sich jeder vorstellen, was das für Konsequenzen hat am Ende des Tages, wenn die Betriebskosten auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden. Wir haben nicht nur Einfamilienhausbesitzer, die sich das viel-

leicht eher noch leisten können, sondern viele Mieterinnen und Mieter. Auch da die Frage an den Senat: Wie soll das gelöst werden? Mit Programmen der Hilfe? Was macht der Bund? Was stellt sich das Land entsprechend vor? An den Vertreter der Gewerkschaft: Was sehen Sie da für entsprechende Möglichkeiten? Man hat übrigens an dem Tankrabatt gesehen, den ich nicht grundsätzlich für falsch halte, aber wie schwierig es dann nachher in der Umsetzung ist. Die Benzinpreiserhöhung ist wesentlich kleiner als die beim Heizöl. Beim Benzin kann man noch sagen, die Leute lassen ihr Auto vielleicht mal stehen. Die Heizung ab- oder umstellen ist dann vielleicht nicht ganz so einfach.

Dann noch eine Frage an Sie, Frau Dr. Peter. Sie wissen, wir haben in Berlin noch in der alten Wahlperiode ein Solargesetz beschlossen. Darauf sind wir als Kollegen der Koalition sehr stolz. Das dauert immer in der Umsetzung trotzdem alles relativ lange. Ab 1. September soll jetzt ein Förderprogramm freigeschaltet werden durch die IBB. Berlin ist das zweite Bundesland nach Thüringen, das das entsprechend macht. Für wie sinnvoll halten Sie ein solches größeres Förderprogramm? Welche Chancen sehen Sie, dass wir da in der Fläche viele finden, die aufgrund der Förderung sagen, wir machen das jetzt schneller, als wir gedacht haben, wir stellen jetzt um? Ich möchte an die IHK die Frage stellen: Was heißt das für die Handwerksbetriebe? Sind die überhaupt imstande, diesen enormen Nachholbedarf in kürzester Zeit entsprechend zu lösen?

Die letzte Frage an den Senat zum Energiewendegesetz: Was macht der Senat beim Thema energetische Sanierung bei den öffentlichen Gebäuden? Das wäre auch noch mal ein wichtiger Punkt. – Das war es dann von meiner Seite für die SPD.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann ist die CDU-Fraktion dran mit dem Kollegen Gräff. – Bitte!

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank noch mal an die Anzuhörenden! Ich würde es vielleicht etwas kürzer machen, weil ich glaube, viele Fragen sind schon gestellt worden. Ich danke auch noch mal ausdrücklich Frau Dr. Peter für ihre Darstellung. Allerdings bin ich beim Bundeswirtschaftsministerium nicht ganz so optimistisch, wenn ein Staatssekretär in der einen Woche fordert, lasst uns alle Gasnetze rausreißen, denn die brauchen wir nicht mehr, und in der nächsten Woche eine Überlegung kommt, ich glaube, es war ein anderer Staatssekretär im gleichen Haus, es wäre vielleicht doch klug, wenn wir mal darüber nachdenken: Wie können wir die Gasnetze umbauen, damit wir Wasserstoff reinbekommen? – Ich bin da noch nicht ganz so optimistisch. Ich sage auch ganz ehrlich, ich bin da nah beim Vorsitzenden: Ohne ein nachhaltiges Konzept, das sofort für Schwedt wirkt – diese Region hat, anders als andere Regionen in Deutschland, schon mal eine Transformation hinter sich, die andere Regionen im westlichen Teil der Republik noch nicht erlebt haben –, sage ich ganz offen für mich persönlich, lehne ich einen Ölstopp dort ab. Es geht nämlich nicht darum, zu sagen: Wir schalten jetzt erst mal ab, und dann machen wir uns mal mittelfristig Gedanken, wie wir da mit der Region und den Jobs umgehen usw. usf., und dann gucken wir mal – das kennen wir alles, Versprechen –, sondern es geht darum, jetzt zu sagen: Wenn dieser Ölstopp kommt – – Sonst müsste man à la Ungarn bei allen pessimistischen Dingen – – Ich glaube, in der Einschätzung der demokratischen Entwicklung dieses Landes sind sich hier viele einig, aber offensichtlich gibt es zumindest die Stringenz, was die eigenen Interessen angeht. Ich würde mir schon mal wünschen, dass man bei dem Thema Vertretung von eigenen Interessen in diesem Land, in der Bundesrepublik Deutschland, so

stringent wäre, dann für eine gesamte Region. In der Tat trifft es nicht nur Schwedt, es trifft Brandenburg, es trifft die Metropolenregion Berlin-Brandenburg und am Ende natürlich Millionen von Menschen und auch Unternehmen. Insofern bin ich sehr gespannt, wo die Konzepte heute sind und nicht irgendwo an die Wand gemalt.

Ich teile auch Ihre Einschätzung beim Thema Ausbau von Solar. Vor vielen Jahren, als andere noch nicht daran geglaubt hatten, als wir noch eine Industrie hatten, haben wir gemeinsam mit einigen anderen einen Erneuerbare-Energie-Verband in Berlin-Brandenburg gegründet, und ich hätte mir in der Tat gewünscht, dass wir in den letzten 10, 15 Jahren da viel mehr gemacht hätten, denn das Potenzial auch bei uns in der Region ist riesig.

Ich hätte noch ein paar Fragen an den Senat und sehr gerne auch an Herrn Friedrichs zum Thema Gasversorgung. Mich würde vom Senat interessieren, welche rechtlichen Vorgaben oder Vorschriften für regulierende Eingriffe eigentlich in Berlin bestehen? Ich nenne mal ein Beispiel: Der autofreie Sonntag wurde diskutiert. Das ist ein Schlagwort. Es gibt viele Dinge, die im Notfall eintreten, die vielleicht nicht nur die Bundesnetzagentur betreffen, sondern auch konkrete Maßnahmen in Berlin. Mich würde interessieren: Welche rechtliche Befugnis hat der Senat, darüber zu entscheiden? In welchem Zeitraum können solche Entscheidungen getroffen werden? Wie wird in bestimmte Entscheidungen auch das Parlament hier eingebunden? Wenn ich den Chef der Bundesnetzagentur in den letzten Stunden richtig verstanden habe, Herr Friedrichs hat es noch mal deutlich gemacht, ist die Situation jetzt nicht einfach mal so: Wir sind jetzt im Sommer, da kann man mal ein bisschen abdrehen –, sondern es wäre eine dramatische Situation, auch in den nächsten Tagen, die entstehen kann. Insofern würde mich ganz konkret interessieren, wie der Senat damit umgeht.

Auch die Frage einer Wiederinbetriebnahme der Gaskaverne im Grunewald beispielsweise: Ist das noch möglich? Ist das beispielsweise noch sinnvoll? Zur Senatsreserve dann konkret an den Senat, Bevorratung Brenn- und Betriebsstoffe für Feuerwehr und Polizei: Ist das eigentlich gesichert? – Denn das ist in der Tat etwas, das für den Notfall beispielsweise eine ganz große Rolle spielt. Vielleicht an der Stelle meine Standardfrage an Anzuhörende, sowohl Gewerkschaft als auch die Netzbetreiber: Was würden Sie sich vielleicht auch von uns als Parlament wünschen und erwarten, unabhängig davon, dass wir Ihre Expertise sehr schätzen? Was ist Ihre ganz klare Erwartungshaltung an uns? – Ganz herzlichen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann habe ich als Nächsten für Die Linke den Kollegen Herrn Dr. King.

Dr. Alexander King (LINKE): Danke! – Es sind doch schon ziemlich viele Fragen gestellt worden. Ich würde vielleicht mal so anfangen: Ich finde es schon wichtig und bin sehr froh, dass wir heute diese Diskussion haben, denn nach meiner Meinung, da würde ich mich ein bisschen von Frau Dr. Peter unterscheiden, haben wir von der Bundesregierung noch nicht so viel Konkretes gehört, wie es eigentlich in Schwedt weitergehen soll. Zu sagen, wir ersetzen das schon irgendwie bis Ende des Jahres, ist das eine, aber eigentlich hat doch noch niemand eine richtige Vorstellung davon – das wäre vielleicht auch eine Frage in die Runde, vielleicht auch an den Senat –, woher das Öl kommen soll und – die Frage ist schon gestellt worden – wie. Ich habe gelesen, erst mal müsste man den Hafen in Rostock ausbaggern, bevor da überhaupt Öltanker anlanden können, aber das können Sie vielleicht auch beantworten. Ich habe den Eindruck, dass die Herausforderungen und Risiken, wir haben das gerade gehört, enorm

sind, sowohl was das Ölembargo betrifft, aber natürlich noch viel stärker, wenn wir über das Gasembargo sprechen. Ich habe aber die Befürchtung, und da knüpfe ich an unseren Vorsitzenden an, dass möglicherweise dieses Opfer, das wir bringen, gar nicht dazu führen wird, dass der Krieg in der Ukraine kürzer wird, denn wir haben mittlerweile internationale Studien, die belegen, dass die Einnahmen Russlands aus dem Ölgeschäft nicht etwa sinken durch die geringere Belieferung des Westens, sondern enorm steigen. Genau dasselbe erwarten wir auch, wenn es dann ein Gasembargo geben sollte. Die Frage ist schon, in welchem Verhältnis jetzt eigentlich der Aufwand, den wir betreiben, zu dem steht, was wir damit bezwecken wollen. Möglicherweise ist das ein sehr ungünstiges Verhältnis. Das ist jetzt nicht als Frage, die politische Einordnung, an Sie gedacht, aber vielleicht nur als Hintergrund.

Was mich konkret interessiert an der Sache, ist: Mit welchen internationalen Preisentwicklungen rechnen Sie denn jetzt? Herr Friedrichs hat das Thema angesprochen, aber vielleicht kann man das noch mal ein bisschen verdeutlichen, denn es geht um den Wirtschaftsstandort Deutschland, aber auch um Berlin und Ostdeutschland. Wenn ich lese, LNG-Gas ist siebenmal so teuer wie russisches Gas, dann frage ich mich schon, das kann nicht ohne Konsequenzen bleiben für den Standort im internationalen Wettbewerb. Da würde mich auch Ihre Meinung interessieren.

Dann hatten wir darüber gesprochen, das macht die Bundesregierung zurzeit sehr gerne, auf Wasserstoff umzurüsten usw. Das ist auch okay. Natürlich braucht Schwedt, brauchen alle solche Standorte neue Geschäftsmodelle, da stimme schon zu, und da spielt Wasserstoff eine große Rolle, aber im Moment brauchen wir Ölprodukte für die Industrie, nicht nur für die Produktionsprozesse, sondern auch als Rohstoffe für die Produktion. Das kann Wasserstoff nicht ersetzen. Da geht es nicht nur um Strom und Wärme, sondern da geht es um Bitumen usw., um Diesel für Transportunternehmen und Benzin für die Pendler usw. Das lässt sich nicht beim Thema Energiewende quasi so auf die Schnelle umstricken. Wir wissen jetzt auch gar nicht, wo so viel ökologischer Überschussstrom herkommen sollte, um jetzt in Größenordnungen in die Wasserstoffproduktion von heute auf morgen einzusteigen. Von daher würde mich auch interessieren, wo da Ihrer Meinung nach die unterschiedlichen Zeithorizonte sind.

Vom Senat würde mich interessieren, ich hatte das vorhin in meinem Eingangsstatement schon angesprochen: Bis jetzt haben wir noch nicht so viel gehört, wie sich der Senat dazu positioniert, im Gegensatz zur brandenburgischen Regierung, die da sehr aktiv ist. Mich würde interessieren, wie Sie gegenüber der Bundesregierung auftreten, denn wir haben gehört, das ist auch der Sinn und war das Ziel dieser Anhörung, dass diese Sanktionsgeschichte nicht nur Schwedt betrifft, sondern nachgelagert insbesondere auch Berlin und die Arbeitsplätze, die hier auf dem Spiel stehen. Da würde mich interessieren, in welchem Dialog auch über mögliche Unterstützung Sie mit der Bundesregierung sind.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann haben wir als Nächsten für die FDP-Fraktion den Kollegen Wolf.

Christian Wolf (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für den Input! Meine Frage an Herrn Friedrichs: Inwieweit sind denn die Gasnetze wasserstoffready, oder gibt es Planungen, dies irgendwie umzusetzen? Welche Forderungen – das hat Herr Gräff schon gesagt – adressieren Sie da an den Senat, auch gerade was das Thema

Trassenbewilligung angeht, Bauplanungen? Das ist eher eine Frage an den Berliner Senat. Gibt es hier Beschleunigungsvorhaben in der Infrastruktur, die das Thema Wasserstoff priorisieren, um mittel- und langfristig Gas ersetzen zu können?

An Frau Peter die Frage: Inwieweit sehen Sie es als realistisch, dass Berlin sich mit elektrischer Energie irgendwann selbst versorgen kann, wenn im Idealfall alle Dächer mit Solar versehen sind und wir vielleicht ein paar Windenergieanlagen haben? Ist das überhaupt realistisch, oder werden wir als Bundesland Importland von elektrischer Energie bleiben?

An den Herrn von der IHK: Jetzt ist es so, dass bei dieser Gasabschalthierarchie, die Herr Friedrichs sehr eindrücklich erläutert hat, Unternehmen als Erstes abgeschaltet werden und kritische Unternehmen nicht. Jetzt haben wir eine stark arbeitsteilige Gesellschaft, das heißt, wenn ein Krankenhaus nicht mehr mit frischer Wäsche versorgt wird, wie wir es schon im Ausschuss gehört haben, dann muss man eher Wertschöpfungsketten betrachten als Einzelunternehmen. Da, denke ich, ist ein struktureller Denkfehler in der ganzen Abschaltproblematik, denn was nützt es, wenn der Caterer kein Gas mehr bekommt und die Essen nicht mehr kochen kann, die die Krankenhäuser versorgen? Da muss ein Stück weit anders gedacht werden als nur an das einzelne Unternehmen, sondern eher an Wertschöpfungsketten. Da würde ich Sie fragen, ob Sie die Einschätzung teilen oder ob es da irgendwie vielleicht auch eine andere Definition von Abschaltproblematiken gibt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann habe ich für Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Bozkurt.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe tatsächlich auch ein paar Fragen. Ich bedanke mich aber noch mal ausdrücklich für die Schilderungen über die Energieversorgungssicherheit aktuell und auch für die Fragen der Kollegen. In Richtung des CDU-Kollegen Gräff würde ich sehr gerne noch mal kurz anmerken wollen: Das Vorgehen des Bundeswirtschaftsministers nicht zu teilen, ist einfach. Deutlich authentischer wäre es, das in der Zeit gemacht zu haben, als die eigene Partei das Haus besetzt hatte. 16 Jahre keine Grundlage bauen und dann nach Konzepten zu fragen, die ad hoc zu funktionieren haben, ist unlauter angesichts der in der Vergangenheit bundespolitischen Stagnation beim Ausbau der Erneuerbaren. Das sei an dieser Stelle noch mal konkretisiert.

Der Bundeswirtschaftsminister Habeck hatte im Mai alternative Versorgungswege über die Häfen Rostock und Danzig mit Sverdrup aus der Nordsee vor Norwegen oder Forties vor der Küste Großbritanniens vorgeschlagen. Also anders als dargestellt, gab es konkrete Vorschläge. Dazu möchte ich fragen, inwieweit das als Alternative zur Druschba für die PCK-Raffinerie gelten könnte und welche alternativen Versorgungswege es zur PCK-Raffinerie mit nicht russischem Öl geben könnte für die Berliner Wirtschaft und Industrie.

Dann die Frage: Welche Auswirkungen kann ein Ölembargo auf mögliche Versorgungspässe und damit verbundene Kaskadeneffekte für die Berliner Industrie spielen? Wir haben gehört, die Industrie sei nicht am meisten betroffen oder nicht an erster Stelle, aber es ist doch so, und da gebe ich dem Kollegen von der FDP recht, wenn Gewerbe Industrieprodukte nicht erhalten können wegen gestörten Lieferketten und hoher Inflation, ist das sowohl ein Problem für die Gewerbe selbst als auch für die Industrie und Verbraucher/-innen.

Die Wettbewerbsfähigkeit, davon hatten wir auch schon besprochen oder das Wort fiel, der Metropolregion Berlin-Brandenburg ist uns natürlich industriepolitisch ein sehr großes zentrales Anliegen. Wie können wir Vorreiter im Klimaschutz sein und trotzdem unseren Wirtschaftsstandort sichern bzw. hoffentlich sogar noch mehr Industrie ansiedeln? Das wäre eine wichtige Frage. Laut einer vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Auftrag gegebenen Studie würde ein abrupter Versorgungsstopp mit russischem Erdgas, sei es durch ein Embargo von der EU oder von russischer Seite, zu einem Produktionseinbruch in Deutschland in den ersten zwölf Monaten von rund 3 bis 8 Prozent des BIP führen. Hinzu kämen angebotsseitige Effekte, die auf den nachfragebedingten Rückgang des BIP aufgrund höherer Energiepreise zurückzuführen wären. Ich führe das nicht weiter aus, aber das dürfte die Wirtschaftsleistung um weitere 2 bis 4 Prozent reduzieren. Das ist drastisch. Vor diesem Hintergrund möchte ich fragen: Mit welchen Auswirkungen des europäischen Ölembargos auf die Berliner Wirtschaft kann gerechnet werden, und was wären die großen Unterschiede eines Ölembargos gegenüber einem Gasembargo in Bezug auf die jeweiligen Auswirkungen auf die Berliner Wirtschaft?

Dann wäre es natürlich auch wichtig, vielleicht noch mal eine Einschätzung zu hören, möglicherweise auch vom Senat, welche Auswirkungen eines Ölembargos prognostiziert werden auf die Entwicklung der Inflationsrate. Wie kann die Berliner Industrie langfristig unabhängig werden von russischem Gas und Öl, und welche Rolle spielt dabei der Ausbau der erneuerbaren Energien für die Berliner Industrie? – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann haben wir den Kollegen Trefzer für die AfD-Fraktion.

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Herr Stroedter! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Sie haben ein sehr realistisches dramatisches Bild der Lage hier gezeichnet und kein Blatt vor den Mund genommen. Dafür ganz herzlichen Dank! Sie haben auf die Auswirkungen in der Industrie verwiesen. Zwei Drittel der Unternehmen sind bereits betroffen, haben Sie ausgeführt, und der Fachkräftemangel verschärft die Lage, wie Sie es auch skizziert haben. 75 Prozent – ich glaube, das waren Sie, Herr Friedrichs, der das ausgeführt hat – des Primärenergieverbrauchs in Berlin kommen aus Öl oder Gas. Das ist dramatisch, und das zeigt natürlich, dass kurzfristig überhaupt keine Möglichkeiten für Ersatz gegeben sind. Deswegen teile ich die Einschätzungen des Vorsitzenden, Herrn Stroedter, aber auch von Herrn Gräff und auch Ihnen, Herr King, dass ein Embargo eigentlich nicht zu verantworten ist, gerade vor dem Hintergrund – das hatten Sie auch angeschnitten, Herr King –, dass Aufwand und Ertrag in keinem vernünftigen Verhältnis stehen. Es ist genauso, wie Sie es skizziert haben. Das Embargo führt dazu, dass die Gewinnspannen an den Märkten extrem steigen, die Rohölpreise, die Gaspreise durch die Decke gehen, und am Ende profitiert genau Russland von dieser Situation, in der wir uns gerade befinden. Also das macht gar keinen Sinn an der Stelle.

Dann noch eine Frage zu Schwedt: Ich fand es ganz bezeichnend, dass die Kollegen von den Grünen unsere Anzuhörenden gefragt haben nach den Möglichkeiten der Häfen in Rostock und Danzig. Es war Ihr Wirtschaftsminister, der in Polen war und genau diese Option verhandelt hat. Also so ganz in trockenen Tüchern scheint das nicht zu sein, was Herr Habeck da verhandelt hat, wenn Sie das jetzt unsere Anzuhörenden fragen. Das zeigt mir, dass es da ei-

gentlich noch relativ in der Luft hängt und diese Möglichkeit, Schwedt über Danzig oder Rostock zu versorgen, doch mit ganz vielen Fragezeichen versehen werden muss.

Dann noch die Frage, ich weiß nicht, ob das jemand von Ihnen beantworten kann: Ist es denn so ohne weiteres möglich, die Ölsorten in Schwedt auf andere Ölsorten und andere Liefergebiete umzustellen? Ich habe gehört, dass das gar nicht möglich ist und dass nur ganz wenige alternative Ölfördergebiete überhaupt infrage kommen für Schwedt. Wir würden uns da also ganz massiv ins eigene Knie schießen. Insbesondere der Nordosten Deutschlands wäre massiv betroffen davon. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind unabsehbar. Da muss ich Herrn Gräff schon recht geben. Da müssen wir an der Stelle auch mal die nationalen Interessen in den Vordergrund stellen. Das ist doch ganz klar. Es liegt doch in unserem Interesse, dass wir diese Arbeitsplätze halten, dass wir diese Wirtschaftszweige versuchen zu stützen, dass wir eine Region, die so sehr gelitten hat, die mit so viel Mühe aufgebaut worden ist wie Schwedt, nicht einfach in der Luft hängen lassen. Das kann man nicht verantworten, zumal vor dem Hintergrund dessen, dass dieses Embargo Russland überhaupt nicht schadet. Russland hat sehr viele Devisen, ob da jetzt noch im paar Devisen dazukommen oder mehr oder weniger, spielt gar nicht so die entscheidende Rolle. Wichtig ist doch, dass Russland für diese Devisen keine westliche Technologie kaufen kann, dass da das Embargo funktioniert, aber nicht, dass wir uns selber auf diese Art und Weise schaden.

Was auch bedenklich ist, fand ich in den letzten Tagen, war dieser Zusammenhang mit dem Embargo und der Verzögerung der Lieferung dieser Technologie, die für die Pipeline erforderlich ist. Es gab hier Reduzierungen, Sie haben es ausgeführt, des Gasvolumens in Nord Stream 1, weil aus Kanada bestimmte Wartungskomponente für diese Röhre nicht geliefert werden konnten aufgrund des Embargos, aber es gab eigentlich die ganz klare Vereinbarung, dass Öl und Gas noch nicht betroffen sind. Da müssen wir nachjustieren an der Stelle und vielleicht das Embargo dann wieder lockern, sodass es auch wieder möglich ist, diese Serviceleistungen aus Kanada zu importieren, die es ermöglichen, dass Nord Stream 1 dann wieder mit Volllast genutzt werden kann. Also ein Gasembargo wäre für alle, für die gesamte Industrie das Worst-Case-Szenario. Die Folgen für die Wirtschaftstätigkeit wären unabsehbar. Frau Bozkurt! Sie haben es skizziert, die Wirtschaftsforschungsinstitute sprechen von zwischen 3 und 8 Prozent minus im BIP. Das wäre mit erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Folgen verbunden, also das ist unverantwortlich. Deswegen sollten wir alles tun, damit das Gas weiter fließt und das Ölembargo noch mal überdacht wird.

Und dann müssen wir vielleicht einfach mal so vorgehen, wie das der ungarische Regierungschef gemacht hat, und sagen: An der Stelle geht es nicht. Da können wir das nicht verantworten. Das nutzt niemandem, das nutzt auch nicht der Ukraine. Das nutzt Europa nicht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann können wir in die Beantwortung gehen. Ich würde als Erstes dem Senat das Wort geben. – Bitte, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Tino Schopf (SenWiEnBe): Danke, Herr Vorsitzender! – Es gab einige Fragen. Ich fange mit Ihnen an, Herr Stroedter! Sie nannten das Stichwort: Schwedt ist unverzichtbar. – Da erinnere ich mich an den Beitrag von Herrn Ben-Rhouma von der IG BCE. Sie sagten eingangs, Sie waren sich etwas unsicher, 95 Prozent der Energie, die nach Berlin kommt bzw. nach Brandenburg bzw. andersherum: Neun von zehn Fahrzeugen in Berlin fahren mit Benzin, welches wir aus Schwedt beziehen. Von daher hat Schwedt für den Standort Berlin wie auch für den ostdeutschen Raum eine sehr große Bedeutung. Aufgrund dessen wurde auch unter Leitung des parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Herrn Kellner, am 30. Mai eine Bund-Länder-Projektgruppe zur Zukunft des Standortes Schwedt eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe wird das nächste Mal Ende Juni tagen. So viel vielleicht dazu.

Dann hatten Sie, Herr Stroedter, das Thema Ölpreishilfe für die Bürgerinnen und Bürger, für die Menschen hier in Berlin angesprochen. Die Bundesregierung, das werden Sie sicherlich auch wissen, hat angesichts der stark steigenden Energiepreise umfassende Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gebracht. Unter anderem entfällt zum 1. Juli die EEG-Umlage. Wir haben seit geraumer Zeit das 9-Euro-Ticket. Die Steuer auf Sprit sank ebenfalls für den Zeitraum von drei Monaten. Es gibt den Heizkostenzuschuss für Geringverdienende. Die Fernpendler erhalten eine höhere Mobilitätspauschale. Erhöhung des Grundfreibetrages, Zuschlag zum Kindergeld! Inwieweit diese Maßnahmen eine positive Wirkung letztendlich dann entfalten, bleibt abzuwarten. Das werden wir beobachten. Wir werden hier natürlich als Senat weiterhin bei Gesetzentwürfen für die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger uns dann auch dementsprechend starkmachen.

Es wurde das Thema angesprochen: Wie sieht es mit dem Engagement des Landes gegenüber dem Bund aus? – Das Ziel der Bundesregierung, bis Ende des Jahres nahezu unabhängig von russischen Erdölimporten zu sein, unterstützt das Land. Unser Senator Schwarz hat hier mehrmals deutlich gemacht und gegenüber dem Bund die klare Erwartung formuliert, dass die Belange Ostdeutschlands und der Region Berlin-Brandenburg berücksichtigt werden und eine tragfähige Lösung entwickelt werden muss, gerade mit dem Fokus auf den Standort Schwedt.

Was den Grunewald angeht, Herr Gräff: Eine Wiederinbetriebnahme des Berliner Energiespeichers ist aktuell kaum realistisch. Ich schaue mal zu Herrn Friedrichs. Vielleicht können Sie nachher noch mal etwas dazu sagen. Wie gesagt, das scheint kaum realistisch. Das wäre unter Einsatz eines, nach meinen Informationen, mittleren zweistelligen Millionenbetrages möglich. Eine vollständige Wiederherstellung der damaligen Leistung, so wie wir sie mal hatten, ist leider nicht möglich. Aber dazu kann vielleicht Herr Friedrichs nachher noch etwas sagen.

Was das Thema Polizei anbelangt bzw. Feuerwehr: Ich habe in meiner Verwaltung nicht nur eine interne Taskforce eingerichtet, sondern wir haben auch dafür gesorgt, dass wir eine ressortübergreifende Taskforce haben. Wir stimmen uns sehr eng mit den einzelnen Senatsverwaltungen ab und dann natürlich auch in dem Fall mit der Innenverwaltung.

Herr Gräff! Sie hatten rechtliche Befugnisse angesprochen. – Ich glaube, die rechtlichen Befugnisse, die wir in der jetzigen Situation haben, sind nicht so groß. Die Möglichkeiten haben wir nicht, aber ich denke, das wissen Sie auch. Wir haben die Bundesnetzagentur, die tätig wird im Falle eines Falles als entsprechender Bundeslastverteiler. Aber das, was wir beeinflussen können, das wollen wir auch, und da sind wir auch dran an diesen Themen.

Dann gab es noch eine Frage bezüglich des Wasserstoffs. – Die Bundesregierung bezeichnet Wasserstoff als Schlüsselement der Energiewende. Wir verfolgen gemeinsam mit Brandenburg das Ziel, eine Vorzeigeregion für die Energiewende zu werden, und arbeiten mit Hochdruck daran, dieses Ziel letztendlich auch mit Brandenburg gemeinsam zu erreichen. So viel vielleicht erst mal dazu.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann gehen wir in die Beantwortungsrunde der Anzuhörenden und fangen wieder mit Herrn Ben-Rhouma für die Gewerkschaft an. – Bitte sehr, Herr Ben-Rhouma!

Anis Ben-Rhouma (IG BCE): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich versuche das mal. Ich habe versucht, mir alle Punkte, die an uns interessiert waren, zu notieren. Ich sage mal vorweg, das waren eine ganze Menge; wenn ich irgendetwas nicht beantwortet haben sollte, dann sagen Sie es bitte noch mal, dann grätschen Sie kurz rein! – Zu den technischen Fragen, die gestellt wurden: Ich bin von Hause aus Politikwissenschaftler. Ich kann das nicht alles beantworten und entschuldige mich auch dafür, habe aber ein paar Infos, die eventuell für diesen Ausschuss interessant sein könnten. Es gibt Zusagen der Bundesregierung – das hat Frau Peter auch gesagt –, die haben sowohl Herr Habeck als auch Herr Kellner persönlich in Schwedt mündlich kundgetan. Die Beschäftigten – und gerade, just in diesem Augenblick, tagt der Betriebsrat. Sie wissen, Betriebsratssitzungen sind geheim, aber ich kann Ihnen sagen, auch da wird gerade an einem Positionspapier gearbeitet, wo auch eine ganz handfeste Zusage schriftlich eingefordert wird, auch vom Bundeswirtschafts- und Klimaministerium, damit diese Zusagen, die da heißen: Beschäftigungssicherung, Ölversorgung usw., auch noch mal für die Region schriftlich dokumentiert werden. Das fordern wir als IG BCE auch. Das ist bisher nicht passiert.

Es gibt einen sehr umfangreichen Fragenkatalog, den der Kollege von Herrn Schwarz in Brandenburg, Herr Steinbach, an das Bundeswirtschaftsministerium zusammen mit Frau Lange aus der brandenburgischen Landesregierung Anfang der Woche verschickt hat, mit 19 Fragen, das ging auch durch die Presse, die alle noch nicht schriftlich beantwortet sind. Es gab da so ein kleines Scharmützel, das haben Sie gestern vielleicht im RBB gesehen, zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung Brandenburg. Ich will das gar nicht bewerten, aber unser Interesse als IG BCE ist, dass die Beschäftigten nicht unter die Räder kommen und dieser Standort erhalten bleibt, um das mal ganz klar zu sagen. Da stellen wir uns auch nicht irgendwie zwischen politische Parteien oder unterschiedliche politische Gebietskörperschaften. Das ist nicht unser Job. Unser Job ist, für die Leute da zu sein, und da

bitte ich auch den Ausschuss um Verständnis, dass wir nicht Position für eine Seite beziehen. Wir wollen, dass das Problem gelöst wird, und da kommen wir vielleicht mal zu.

Das Tanklager, von dem hier geredet wird, das NWO-Tanklager – Nord-West Oelleitung –, ist die Bundesreserve, Frau Peter, wenn ich das richtig weiß, die in Wilhelmshaven ist. Die wird auch von uns betreut. Ich habe vorgestern mit dem betreuenden Sekretär gesprochen. Er sagte zu mir, zumindest hinter vorgehaltener Hand, man würde das mit dem Öl wohl hinbekommen. Das ist jetzt aber keine handfeste naturwissenschaftliche Aussage. Ich weiß nicht, ob ein Techniker, Physiker oder Chemiker hier ist, der vielleicht mehr dazu sagen kann. Man würde das wohl hinbekommen. Das muss angereichert werden. Es gab auch, das haben Sie vielleicht auch gesehen, zumindest kurzfristig – ich weiß nicht, ob es im Handelsblatt war – die Idee, dass das aus Venezuela kommen könnte, wenn der dortige Boykott sozusagen aufgehoben wird. Das ist aber auch nicht klar. Deswegen bin ich sehr vorsichtig und bitte auch die Mitglieder dieses Ausschusses um Vorsicht bei der gesamten technischen Einschätzung dieser Themen. Auch das Bundeswirtschaftsministerium muss sich da Expertise von den Leuten vor Ort hinzuholen. Am Ende des Tages, das sage ich Ihnen ganz deutlich, können das wahrscheinlich nur die Ingenieure bei der PCK richtig beantworten, ob und wie man das betreiben kann. Es gibt politische Aussagen, die in die Richtung gehen, dass das geht. Darauf vertrauen wir auch, sage ich ganz deutlich, auf Herrn Habeck und Herrn Kellner, dass das eingehalten wird, aber wir sind unsicher, weil wir keine schriftlichen Zusagen haben.

Es gibt ein Problem, über das heute noch gar nicht so richtig in diesem Ausschuss gesprochen wurde, ich will es aber trotzdem ansprechen, das ist die Frage Gesellschafter. Sie wissen, dass die PCK-Raffinerie noch Rosneft im Moment zu soundso viel Prozent gehört, also als Mehrheitsgesellschafter. Alle sagen, die da in irgendeiner Form involviert sind: Man kann das gar nicht ändern, also sprich: mit anderem Öl über Polen, das wollen die Polen im Übrigen auch nicht, wenn das so bleibt. Das heißt, dieses Gesellschafterproblem muss als Erstes gelöst werden. Das ist relativ komplex, wenn man das im Zweifel erst mal zwischendurch verstaatlichen will – oder eine andere Firma. Anders geht es nicht. Diese Frage müsste mal geklärt werden. Da ist aber das Bundeswirtschaftsministerium, wenn ich es richtig weiß, und auch das Bundeskanzleramt dran.

Zu Ihrer Frage, Herr Stroedter, ob das Embargo sinnvoll ist oder nicht: Ich werde heute dazu keine klare Aussage geben, ob wir das sinnvoll finden oder nicht. Ich weiß nur, dass die Bundesregierung eine ganz klare politische Aussage dazu abgegeben hat, dass das so kommt. Da kann man jetzt sagen: Okay, das finden wir nicht sinnvoll. – Ich habe das Gefühl, wir müssen ja für unsere Beschäftigten gucken, wie wir damit vorausschauend umgehen können, dass das trotzdem nicht zurückgenommen wird. Das ist meine Wahrnehmung, und deswegen versuchen wir, damit so umzugehen wie wir umgehen.

LNG wurde angesprochen. Dazu möchte ich auch kurz etwas sagen. Nur mal als Information: Wenn man LNG-Gas aus Katar, ohne diese menschenrechtliche Frage da zu bewerten, dazu habe ich auch eine persönliche Meinung, die hat jeder hier im Raum, hierher holt, dann ergeben Berechnungen, dass man einen höheren CO₂-Ausstoß als bei vielen anderen Energieträgern wie beispielsweise Kohle in der Lausitz dort an der Stelle hat. Ich will jetzt nicht den Kohleausstieg – das ist geklärt. 2030 ist das Zieldatum, und da muss man einfach mal drauf gucken, dass diese CO₂-Geschichte beim LNG auch ein Problem ist. Das will ich ganz klar mal erwähnen.

Zu den Garantierklärungen bzw. Kapazitäten: Es wurde jetzt gesagt, es gäbe Überkapazitäten auf dem Markt. Das haben Herr Habeck und Herr Kellner in Schwedt nicht gesagt. Das sage ich hier auch mal ganz deutlich. Das ist jetzt noch mal herausgekommen auch in den Statements. Von den Schwedter Kollegen wurde das nicht so artikuliert. Unter der Decke weiß man das, aber die Frage ist: Was heißt das jetzt? – Deswegen, die Frage zu beantworten: Welche ganz konkreten Auswirkungen hat das auf die Spritversorgung für Berlin? – Wenn es Überkapazitäten gibt, weiß man auch nicht, wie sich der Markt entwickelt. Wir sind in der Marktwirtschaft. Wenn die Wirtschaft wieder anspringt, wird mehr Öl gebraucht. Deswegen ist es nicht hundertprozentig auf den Liter und beim Gas, glaube ich, auch nicht, Herr Friedrichs, hundertprozentig auf den Kubikmeter, so messen Sie das, glaube ich, runterzurechnen.

Schwedt muss mindestens die Anzahl der Beschäftigten halten, das sage ich jetzt mal als ganz klare Aussage, weil mehrere Fragen dazu kamen. – Herr Schneider als Ostbeauftragter der Bundesregierung sagt: Es können sogar, wenn man das umbaut, mehr werden. – Das wäre gut, aber weniger geht nicht. Ich weiß nicht, ob Sie die Uckermark gut kennen. Da gibt es nicht viel anderes. Wir haben noch eine Papierfabrik dort als größeren Betrieb. Das war es dann.

Solarpaneele, Dächer: Ich wundere mich immer so bisschen, wir wohnen auch im dritten Stock im Wedding, wenn man da rausguckt, ist da kein einziges Solarpaneel auf dem Dach. Es wäre gut, wenn man das hinkriegt. Wenn der Senat und das Abgeordnetenhaus sich da auf den Weg machen, wäre das, glaube ich, eine gute Alternative. Wir sind auf jeden Fall dabei.

Herr Gräff! Sie haben es auch noch mal klar formuliert in Bezug auf das Ölembargo. Ich will das noch mal aufnehmen, denn die Position, die Sie vertreten haben, ist natürlich in Schwedt ganz massiv auch in der Belegschaft. Die sagen auch, dieses Embargo wollen wir nicht bzw. hilft das überhaupt? Ich kann das am Ende nicht beantworten. Das müssen Sie vielleicht auch noch mal im Abgeordnetenhaus politisch-moralisch diskutieren. Wenn man die Bilder aus der Ukraine sieht oder auch Herrn Selenskyj im heute-Journal, stockt mir der Atem. Das sage ich Ihnen mal ganz offen. Dieses innerliche Dilemma, das haben wir auch als Gewerkschaft. Man kann lange diskutieren, ob das direkt in die Kriegskasse kommt oder nicht. Woher wissen wir das ganz genau? Ich weiß es nicht. Herr Stroedter hat es vorhin gesagt. Das kann im Zweifel auf dem Markt verkauft werden. Es kann aber auch sein, dass sich andere Staaten anschließen. Deswegen würde ich den Ball so ein bisschen an das Abgeordnetenhaus zurückspielen bei der Bewertung: Embargo, ja oder nein, denn ich glaube, das ist am Ende eine politisch-moralische und ethische Frage, die man beantworten muss oder über die man zumindest mal diskutieren kann.

Eine wichtige Sache noch zur Kollegin von den Grünen: Ich würde mich freuen, wenn wir Vorreiter in Sachen erneuerbare Energien werden würden in Berlin. Wir unterstützen das gerne. Wir sind nicht mehr, wie sagt man so schön, die Old-School-Gewerkschaft, die nur die Kohleinteressen vertritt, wir versuchen zumindest, auch modern zu sein. Wir wollen das auch. Wir würden gerne Energie vorantreiben, aber ich bin da so ein bisschen bei Ihnen, weil Sie das auch direkt adressiert hatten. Ich glaube, da wurde in den letzten Jahren an Infrastruktur, an Gesetzgebung und auch an vielen anderen Stellen ganz viel verschlafen. Damit ist aber, Herr Gräff, nicht nur die CDU gemeint. Soweit ich weiß, gab es auch Sozialdemokraten, die

das Wirtschaftsministerium geführt haben. Da ist etwas schiefgelaufen, und das muss man verbessern. – Vielen Dank! Habe ich irgendetwas vergessen, irgendetwas nicht beantwortet?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann geht es weiter mit Herrn Friedrichs zur Beantwortung.

Georg Friedrichs (GASAG): Das mache ich gerne. Auch ich will mich bemühen, die Fragen, die ich für mich mitgeschrieben habe, in den Griff zu kriegen. Ich fange mit der offengebliebenen Frage zum Gasspeicher an. Das will ich gerne beantworten. Der Berliner Gasspeicher ist in der Tat nicht sinnvoll und schon gar nicht kurzfristig reaktivierbar. Das liegt daran, vorhin fiel das Wort Kavernenspeicher, das höre ich häufig. In Wirklichkeit ist das kein Kavernenspeicher, das ist an der Stelle wichtig, sondern es ist ein Aquiferspeicher. Aquifer muss man sich so vorstellen, wenn man es in der Hand hat, ist es ein Stein. Da sehen Sie die Poren nicht mit bloßem Auge. Da muss man Gas reinpressen und mit Druck das Gas wieder rauspressen. Das dauert lange. Das geht nicht schnell. Wir haben keine Höhle, die wir auf- und zumachen können, wie es sie durchaus gibt, sinnvollerweise. Dieser Speicher ist im Rückbau, weil er nie wirtschaftlich war. Dieser Speicher ist eine Forderung der Alliierten gewesen, ehrlicherweise, als Berlin zu Mauerzeiten ans Gasnetz angeschlossen wurde. Da haben sie gesagt: Freunde, bevor wir uns so abhängig machen von osteuropäischen Lieferungen, müsst ihr für eine Speichermöglichkeit sorgen. – Das war immer eher ein Sicherheitstank denn eine wirtschaftliche Komponente. Man müsste ihn übrigens erst mal mit sogenanntem Kissengas auffüllen, das wir schon rausgenommen haben, damit man ihn dann wieder be- und entladen kann. Dieses Kissengas kriegen Sie nie wieder raus. Wir würden also erst mal Gas investieren müssen. Die künftige Nutzung für thermische Speicherung, das ist das, was wir gerade untersuchen, ist das sehr viel erfolversprechendere Konzept an der Stelle.

Es gab einiges an Fragen, die ich vielleicht mal versuche zusammenzufassen, und Sie müssen uns nachher sagen, ob das so gepasst hat oder nicht, die sich mit der Abhängigkeit von russischem Gas für unser Unternehmen und unsere Unternehmensgruppe beschäftigt haben. Die kann man nicht mit ja oder nein oder einer Prozentzahl beantworten, denn nicht die GASAG ist abhängig von russischem Gas, sondern dieses Land ist abhängig von russischem Gas, aktuell. Wir kaufen kein Gas direkt in Russland, sondern wir kaufen Gas nur auf dem zumeist deutschen Weiterverteilermarkt. Wir importieren nicht selber. Die GASAG ist sehr relevant in Berlin. Wir sind ziemlich relevant in Brandenburg, aber wir sind nur die GASAG. Die großen Importunternehmen sind andere. Das ist die VNG, das ist Uniper, das sind die großen Gasweiterverteilern Unternehmen in diesem Land. Wir haben natürlich Verträge gehabt und haben sie auch noch mit den russischen Tochterfirmen, die inzwischen unter deutscher Treuhandschaft stehen. Mit denen machen wir aber schon seit letztem Sommer keine Geschäfte mehr, weil wir zunehmend das Verhalten merkwürdig fanden, das hier an den Tag gelegt wurde, sodass wir hier nur einen abschmelzenden Vertragsbestand haben an der Stelle. Trotzdem sind wir natürlich als Unternehmen abhängig von der Verfügbarkeit von Gas. Wir sind natürlich auch abhängig davon, dass, wenn es zu einem Ausschleichen von russischem Gas käme, wir zugreifen auf LNG, wobei sich bei uns am Ende des Tages das immer daran zeigt: Wie hoch liegt der Preis insgesamt? – Und der Preis bildet sich nun mal für das, was wir zur Verfügung haben auf dem deutschen Markt, aus dem, was noch durch Pipelines kommt, und aus dem, was durch LNG hinzugebracht wird.

Der Preis, das hatte ich vorhin schon angedeutet, hat sich ein bisschen angenähert. Früher war Pipeline-Gas preiswert und LNG-Gas teuer, weil es sehr viel aufwendiger ist. Heute sehen wir Preise, die sich sehr in der Nähe bewegen, die auch ein bisschen korrelieren, je nachdem, wie liquide der LNG-Markt aktuell ist, und in großer Höhe. In Summe sind wir alle davon abhängig, wie viel Gas es gibt, und solange wir Schwierigkeiten haben, Gas zu ersetzen, wird sich das auch in der Preisstellung bei uns wiederfinden müssen, weil wir darauf angewiesen sind, auf diesen Märkten einzukaufen.

Es gibt natürlich ein paar technische Herausforderungen. Vorhin fiel das Wort Rostock auch in Verbindung mit Gas. Wann kann ich da eine, wie heißen sie, Floating Storage and Regasification Unit – – Ich habe es mir extra noch mal aufgeschrieben. Das sind diese LNG-Schiffe, von denen immer die Rede ist. Eigentlich sind das kleine Chemiefabriken, die als Andockstationen, als eine Art schwimmendes Terminal für LNG dienen. Das Problem ist, dass die relativ groß sind, und der Rostocker Hafen ist nicht so groß. Deswegen ist das Schiff, das als erstes verfügbar ist, mit der passenden Länge vermutlich erst im Jahr 2023 verfügbar und kann in Rostock angelegt werden. Das scheint zu klappen. Ich glaube, das ist Schiff Nummer 2 von den Vieren, die Herr Habeck reserviert hat. Dann wird es ein bisschen mehr Sicherheit geben auch für den Gasbezug in Ostdeutschland, aber das sind die technischen Themen, die es hier an diesen Stellen gibt.

Herr Taschner! Sie haben vorhin gesagt, dass Vattenfall für das Jahr 2024 nicht mehr so große Probleme bei der Versorgung mit Erdgas sieht. Das habe ich so noch nicht gehört von den Kollegen. Das würde mich auch ein bisschen wundern, denn gerade Vattenfall, die die Fernwärmekraftwerke in der Stadt betreiben, hat gerade erst einen Großteil der Kraftwerke im Osten der Stadt auf Erdgas umgestellt und ist extrem davon abhängig, dass wir Erdgas in großen Mengen haben. Ich will mal davon ausgehen, dass hier auch eine Rolle gespielt hat, dass Vattenfall genauso wie wir eigentlich nur fast überwiegend geschützte Kunden beliefert, das sind Haushaltskunden, Immobilienkonzerne, also man auch hier im Zweifelsfall davon ausgehen kann, dass genug Gas jedenfalls für diese geschützte Kunden vorhanden ist.

Herr Taschner! Sie haben noch die Frage gestellt: Wie sieht es aus was? Was machen Sie denn jetzt perspektivisch? – Das ist jetzt die Zwangslage, in der wir sind, und da kann man ehrlicherweise in dieser Runde nur sagen: Da müssen wir die Faust ballen und hoffen, dass wir möglichst schnell rauskommen und alles dafür tun, dass wir möglichst schnell rauskommen. Das ist die Situation, in der wir uns faktisch befinden, und die kann man auch nicht wirklich schönreden. Um möglichst schnell rauszukommen, da bin ich bei Frau Dr. Peters, gibt es nur einen Weg: Nachhaltig, wir müssen die Abhängigkeit von fossilen Kraftstoffen verringern. Das bedeutet, wir müssen möglichst schnell den Anteil von erneuerbaren Energien im System erhöhen. Für ein Unternehmen wie meines, das im Wesentlichen mit Gas arbeitet, ist das erst mal eine Perspektive, über die man nachdenken muss, denn grüne Energie bedeutet grüne Elektronen. Sonne, Wind, Wasser machen kein Gas, sondern erst mal Strom. Aber, und das ist die Stelle, wo ich nicht ganz bei Frau Peter bin, wir werden hoffentlich möglichst schnell ein komplett klimaneutrales grünes Energiesystem haben, das auf erneuerbaren Energien basiert, aber wir werden das heimisch schaffen. Die Frage stand vorhin auch im Raum. Heute haben wir Importquoten für Energie, die liegen eher bei 90 Prozent als bei 50 Prozent, wenn man auf den gesamten Energieverbrauch des Landes guckt. Es ist egal, ob wir das künftig mit 60, 70 oder 80 Prozent schaffen in der Quote. Wir werden Energie importieren, solan-

ge wir Industriestandort und so dicht besiedelt sind in diesem Land, angesichts der Tatsache, dass woanders die Sonne mehr scheint.

Das Mittel, mit dem wir das machen werden, wird grüner Wasserstoff sein, genauso wie grüner Wasserstoff das Mittel sein wird, mit dem wir in unserem System die Jahreszeiten ausgleichen werden, die wir leider nicht wegstreichen. Strom kann ich nur verbrauchen, wenn ich ihn produziere. Wir haben zum einen Jahreszeiten und zum anderen Industrie, die punktuell viel Energie braucht, und die braucht es genau dann, wenn sie den Prozess hat, und nicht dann, wenn wir zufällig etwas übrig haben. Das heißt, wir werden Wasserstoff im System sehen als zweite Säule, die das elektrische System absichert, die uns Importe ermöglicht und die diese Stadt durch den Winter bringt und auch das Gewerbe und die Industrie am Laufen hält. Ich sehe in der Zukunft kein Gewerbegebiet, das keinen Wasserstoffanschluss hat. Das wird ein ziemlicher Standard werden.

Wir gehen fest davon aus, dass das andere Strukturen sein werden als das, was wir heute betreiben. Wir betreiben heute sehr fein verästelte Gasverteilnetze. Wir haben ungefähr 200 000 Kunden, die auch oder nur mit Gas kochen. Viele Köche mögen das, aber wir werden vermutlich nicht grünen Wasserstoff zum Kochen benutzen. Diese Strukturen werden sich also ändern. Wir müssen davon ausgehen, das ist nur das Beispiel am äußersten Rand. Auch dazwischen wird es viele Veränderungen geben. Wir werden eine regionale Wasserstoffinfrastruktur brauchen, die es uns erlaubt, nicht nur die Industrie, sondern auch das Gewerbe, aber auch die großen Immobilienprojekte und vieles andere durch den Winter zu bringen. Wir werden diesen Wasserstoff im Winter verbrennen, nicht um Wärme zu machen, ehrlicherweise, das ist eine Schimärediskussion, sondern um Strom zu produzieren. Wir werden das machen, um das stromgeführte System auszugleichen. Wenn wir es klug machen, nutzen wir die dabei entstehende Wärme. Darauf bereiten wir uns vor. Das ist ehrlicherweise eine der Hoffnungen, Erwartungen, Forderungen, Fragen an den Senat oder das Abgeordnetenhaus – Herr Gräff, Sie hatten es vorhin formuliert –, die wir haben. Wir würden gerne schnell einsteigen in eine etwas weiter gediehene Infrastrukturplanung, denn wir haben nicht viel Zeit. Klimaneutral wollen wir in knapp 20 Jahren sein in dieser Stadt. Wir können nicht erst das eine machen und dann fünf, sechs Jahre warten und dann anfangen, über Infrastrukturen nachzudenken. Wir müssen viele Sachen parallel machen.

Wir machen als GASAG natürlich auch unseren Teil an der Stelle. Den Einstieg in die Erneuerbaren haben wir längst vollzogen. Wir betreiben PV-Anlagen und Windräder in Brandenburg. Wir verkaufen, und das funktioniert gut, das war die Frage nach den Dächern in Berlin, PV-Anlagen mit einem ungeahnten Drang. Wir könnten das jeden Tag vielfach machen, aber wir sehen schon hier, dass wir natürlich in Lieferschwierigkeiten kommen. Das ist ein Fakt. Unsere Lieferzeiträume für eine PV-Anlage, wenn Sie die auf Ihr eigenes Dach in Berlin bauen lassen wollen, haben sich gerade von zweieinhalb bis drei Monaten auf eher sechs bis neun Monate verlängert. Das liegt schlicht daran, dass es schwieriger geworden ist, Paneele ranzubringen an der Stelle. Das ändert aber nichts daran, wir müssen an dieser Stelle möglichst schnell agieren, dann wird Berlin aber noch immer nicht energieunabhängig werden. Es ist aus meiner Sicht eine Binsenweisheit, dass wir Energie aus dem Umland brauchen, aus Mecklenburg-Vorpommern, aus Brandenburg. Dieses Gelenk zu stärken, ist, glaube ich, eine zweite Aufgabe, die wir alle haben, die wir aber tatsächlich auch bei der Politik sehen.

Zu den Preisen für Gas: Herr Dr. King, ich glaube, Sie haben die Frage gestellt. – Die kann ich nicht beantworten, denn es liegt daran, wie sich die Marktpreise für Gas weiter entwickeln werden. Zurzeit sieht es so mäßig aus. Was wir heute sehen, ist, wenn die Preise so bleiben, wie wir sie für die Jahre nach hinten sehen, dann werden alle Anbieter von Energie, und es geht jetzt nicht um Gasanbieter, es gilt für den Strom, der zurzeit eher stärker gestiegen ist als Gas, es gilt für die Fernwärme, die natürlich auch mit Gas heizt, das gilt für alle Nahwärmenetzbetreiber, ihre Preise weiter erhöhen müssen. Um welchen Prozentpunkt kann ich Ihnen heute nicht sagen, aber das Thema bleibt uns erhalten. Auch wenn wir kein Gasembargo haben, ist das Ende der Preiserhöhungen noch nicht erreicht. Darauf müssen wir uns einstellen. Darüber müssen wir ehrlich reden.

Von Ihnen kam die Frage, Herr Stroedter: Wie gehen wir damit um? – Wir bereiten uns ehrlicherweise ziemlich hart darauf vor. Das heißt, wir haben an der Schnittstelle zwischen uns und den Kunden etwas wieder eingeführt, was wir lange nicht gemacht haben, nämlich, ich nenne es mal eine verstärkte Telefonbereitschaft. Wir müssen mit den Menschen reden, denn wenn jemand bei uns seine Rechnung nicht bezahlt, wissen wir nicht, wer das ist. Wir gucken nicht hinter die Türen. Wir wissen nicht, ob dort jemand seine Rechnung einfach nicht bezahlen will oder ob dort ein alleinerziehender Vater lebt, der seine Rechnungen nicht mehr aufmacht. Das wissen wir nicht, das wissen aber Sie. Das wissen die Bezirksämter. Das wissen die Jobcenter. Das ist aber nicht eine Behörde in Berlin, sondern das sind 24, denn die liegen in Bezirken. Diese Schnittstellen bearbeiten wir sehr intensiv. Wir versuchen, unseren Kundinnen und Kunden, das haben wir auch über die Presse gemacht, klarzumachen: Wenn ihr ein Problem habt, müsst ihr reden, dann können wir helfen, und zwar bevor das Kind im Brunnen ist. – Das muss die Aufgabe sein zwischen Politik und uns. Wir dürfen nicht abwarten, bis wir sperren, und dann geht es zum Sozialamt, das passiert dann irgendwann, sondern wir müssen den Fall erwischen, bevor er zum Sozialamt geht.

Wir haben in den letzten Jahren das Aussetzen von Gassperren gesehen. Wir machen das um Weihnachten herum sowieso. Da ist sozialer Friede. Das ist eine lang gelebte Tradition. Wir haben es während Corona einmal vier Monate gemacht, in der ersten Coronaphase, ich weiß nicht, wer sich erinnert. Da haben wir aber einen überschaubaren Zeitraum vor Augen gehabt. Das hat Herr Margraf vorhin gesagt: Natürlich nimmt die Industrie hier ihren Teil. Das ist überhaupt keine Frage an der Stelle. Wir haben hier einen erhöhten Aufwand, ein erhöhtes Risiko, aber es wird nicht dauerhaft funktionieren. Wir können nicht dauerhaft nicht darauf drängen oder bestehen, dass eine Energierechnung bezahlt wird. Das kann nicht der Weg nach vorne sein, sondern es sind im Zweifelsfall vorübergehende Mechanismen. Wir müssen irgendwie darum ringen, und es ist tatsächlich aus unserer Sicht eine noble politische Aufgabe, dass wir den Anteil der Sperren nicht steigen lassen. Das ist das, was wir uns strategisch vorgenommen haben. Ich kann Ihnen genau sagen, wir hatten 1 703 Gassperren im Jahr 2021. Darüber wollen wir nicht hinaus. Es sieht noch gut aus, aber, Herr Stroedter, Sie haben es angesprochen, die Preiserhöhungen sind auch noch nicht angekommen, die kommen jetzt erst. Wir haben gerade erst bei zwei Dritteln unserer Kunden die Abschlagszahlungen angepasst. Das machen wir einfach ohne zu fragen, weil wir genau den Effekt verhindern wollen, dass die Menschen erst im nächsten Jahr mit der Nachzahlung für 2022 merken, was sie noch bezahlen müssen. Das passiert, wenn Hausverwaltungen nicht fleißig sind und ihren Mietern nicht rechtzeitig sagen, was da auf sie zukommt. Wir sagen das den Hausverwaltungen, aber wir kennen nicht die Mieter, mit denen wir agieren. Das ist ein relevanter Punkt.

Dann habe ich noch einen letzten Punkt, um vielleicht noch mit einem positiven Punkt herauszugehen. Sie haben gefragt, wie wir trotz der Schwierigkeiten die Wirtschaft stärken können. Da gibt es für Berlin einen Unique-Selling-Point, wie man so deutsch sagt, der auch noch auf andere Themen einzahlt. Ein entscheidender Faktor für die Wirtschaft in der Zukunft wird sein, wo man Arbeitskräfte findet. Wir alle leiden darunter. Wir wissen, dass wir für die Energiewende nicht genug Menschen haben. Wir haben Anfang des Jahres die Zahl unserer Ausbildungsplätze verdoppelt. Wir bilden wieder Klempner aus, um es mal so hart zu formulieren, denn das haben wir über Jahre nicht gemacht, weil wir wissen, dass die Menschen gebraucht werden. Wir haben wirklich mäßige Bewerbungen. Wir kriegen diese Stellen nicht besetzt, nicht weil wir uns nicht bemühen. Wir haben zurzeit Plakate draußen hängen, wo wir unsere eigenen Auszubildenden an die Wand bringen, um zu sagen: Hier kannst du was machen. – Wir kriegen die Stellen trotzdem nicht besetzt. Aber wenn wir es in dieser Stadt schaffen, die Attraktivität zu erhalten, und das geht auch darüber, dass man aus dieser Stadt – ich sage jetzt mal, obwohl es vielleicht für die GASAG merkwürdig klingt – ein grünes Eldorado macht, also vor der Welle ist, wenn es darum geht, die Transformation hinzubekommen, dann ist das attraktiv für junge Menschen. Bei uns ist die erste Frage, die uns junge Leute stellen, ob die in der IT oder in der Buchführung arbeiten wollen: Wie haltet ihr es mit der Nachhaltigkeit? – Diese Frage können wir inzwischen ganz gut beantworten. Wenn Berlin diese Frage beantworten kann, glaube ich schon, dass wir für junge Menschen attraktiv bleiben. Uns würde das helfen. Ich glaube auch, dass das in Summe der Wirtschaft einen kaum messbaren Vorteil nach vorn raus verschafft. – So weit erst mal. Das waren viele Fragen. Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für Ihre Beantwortung, Herr Friedrichs! – Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt in die Lüftungspause gehen. Es macht keinen Sinn, jetzt mit dem Nächsten anzufangen und nach zwei Minuten zu unterbrechen. Es ist jetzt 16.03 Uhr, sodass wir in einer Viertelstunde, 16.18 Uhr, spätestens 16.20 Uhr, hier wieder beginnen können. Ich darf Sie alle bitten, den Raum zu verlassen. – Danke!

[Lüftungspause von 16.03 bis 16.21 Uhr]

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Lüftungspause ist vorbei. Alle sind wieder da. Ich bedanke mich. Wir setzen unsere Beantwortung mit der IHK fort, und Herr Margraf, Sie haben das Wort. – Bitte sehr!

Simon Margraf (IHK): Vielen Dank! – Nach dieser Lüftungspause übernehme ich gern. Ich beginne mit dem Komplex Schwedt. Da rankten sich einige Fragen rund um: Funktioniert die Ölumstellung? Klappt das mit dem Umbau bis zum Herbst oder bis Ende des Jahres? Und, Herr Stroedter, dahin geht sicherlich auch Ihre Frage: Glauben Sie an die Garantie? – Ich muss es leider wie die Kollegen halten. Wir hoffen, dass die Garantie eingehalten werden kann, nur fehlt uns tatsächlich die Expertise einzuschätzen, ob dieser Umbau gelingt. Da wäre ein Experte für das Raffineriegeschäft oder ein Vertreter von Schwedt sicherlich der bessere Ansprechpartner. Noch haben wir es nicht geschafft, wie in der Coronapandemie alle zu Virologen wurden, hier zu Experten zu werden. – [Zuruf] – Alle sind nebenbei auch noch Militärspezialisten. Es gibt mehrere Rollen zu verteilen. – Das können wir tatsächlich nicht beantworten, aber ich bin Volkswirt und habe auch politische Ökonomie studiert. Wenn sich ein Bundeswirtschaftsminister in Schwedt auf den Tisch stellt und der Kollege, der Ostbeauftragte Schneider, aktiv für Schwedt eintritt und auch das Land Brandenburg sich hinter den Standort stellt, dann sind die politischen Kosten für ein Nichteinhalten der Garantie aus meiner Sicht

sehr hoch, und deswegen glauben wir tatsächlich daran und hoffen, dass diese Garantie eingehalten wird.

Jetzt komme ich zu den weiteren Fragen. Selbst wenn die Garantie eingehalten wird, gibt es drei Szenarien: Schwedt läuft weiter wie bisher mit russischem Öl, alles bleibt so, wie wir es jetzt haben, und trotzdem haben wir die Preissteigerungen. Das hat Herr Friedrichs schon gesagt. Das heißt, diese eine Stufe der Inflationsspirale haben wir schon erklommen. Auf den Punkt will ich später bei den anderen Fragen noch eingehen. Alle weiteren Szenarien, die sich jetzt noch ergeben abseits dieses: Weiter so wie bisher –, was eigentlich das unwahrscheinliche Szenario ist – – Sagen wir, es gibt eine Garantie für Schwedt. Die Produktion wird umgestellt. Wir kriegen alternative Ölquellen, die vielleicht per Schiff oder über Land nach Schwedt verbracht werden. Dann wird der Prozess trotzdem teurer. Das heißt, wir vermuten eine weitere Stufe in der Preisspirale. Das Worst-Case-Szenario wäre das eines kurzfristigen Ölembargos, das nicht sehr wahrscheinlich ist, und dass Schwedt im Herbst komplett runterfährt. Wir hoffen, dass es nicht passiert. Das würde nicht dazu führen, dass wir hier in der Region vermuten, dass es überhaupt keine Treibstoffe, überhaupt keine Grundstoffe mehr gibt, aber es sollte klar sein, dass die Versorgung mit Grundstoffen und die Kapazitäten sehr viel enger werden und die Preisstufe nochmals ein Stück größer wird.

Die größte Gefahr, die wir beim Thema Öl sehen, bei Schwedt, ist die Preisspirale, die wir alle unabhängig davon, ob die Garantie zieht oder nicht, für diesen Herbst noch erwarten. Was bedeutet das letztendlich für den Standort und für die Wirtschaft? – Preissteigerungen kann man in der Regel weitergeben. Dann hat so ein wirtschaftliches System auch so eine Art Selbstheilungskräfte, und man versucht, energiesparend zu arbeiten, aber das sind eher mittel- und langfristige Maßnahmen. Kurzfristig ist natürlich klar, dass wir insbesondere im Nordosten damit rechnen müssen, dass wir einen erheblichen Standortnachteil haben im Vergleich zum Südwesten oder zum Westen Deutschlands, aber auch im internationalen Umfeld, gerade zu den Ländern, die nicht so stark von russischem Gas oder Öl abhängig sind oder selbst produzieren. Also Standortnachteile auf der einen Seite, und natürlich – da schaue ich in die Richtung des Kollegen von der IG BCE – haben wir dann auch die soziale Frage. Die Preissteigerungen werden auch in Lohnverhandlungen eine Rolle spielen. Das ist ganz klar, das ist logisch. Das heißt, dann haben wir eine Preis-Lohn-Spirale, die diese Effekte noch weiter verstärkt, die für den Wirtschaftsstandort nicht günstig sind.

Dann war die Frage von Ihnen, Herr Stroedter, mit Blick auf die Gastwirtschaft und welche Folgen diese durch Corona schon gebeutelte Branche jetzt im Rahmen der Energiekrise, der Energieversorgung noch abzufedern hat. Die Fachkräfte fehlen in dem Business auch. Insbesondere dadurch, dass es Betriebsschließungen gab, sind Fachkräfte freigesetzt worden, die man heute auf dem Markt nicht mehr findet. Eine ähnliche Gefahr wäre zu sehen, wenn die Energiepreise kurzfristig steigen sollten. Sollte es in der kurzen Frist sein und sollten Betriebsschließungen durch die Nichtverfügbarkeit von Gas nötig sein, was zum Beispiel in der Gastronomie bei der Befeuerung der Öfen und der Küchen eine Rolle spielt, auch wenn es nur temporäre Schließungen sind, ist das mit Sicherheit damit verbunden, dass die Fachkräfte diese Branche wieder verlassen und auch nicht wieder zurückkommen. Dann wäre es ein ähnliches Szenario, das man sich vorstellen kann, im Vergleich zur Coronakrise.

Was wir aber aktuell schon sehen, das muss man ganz klar sagen: Wir sind über die Gastwirtschaft hinaus, nämlich beim Thema Tourismus, heute längst noch nicht wieder dort, wo wir

vor Corona waren und sein wollten. Wir sehen, dass der BER und die Hotellerie noch nicht ausgelastet sind, dass wir insbesondere Touristen aus dem Inland in Berlin begrüßen, und das sind Effekte der gestiegenen Benzin- und Kerosinpreise. Es spielt eine Rolle bei einer touristischen Reise und den Paketen Transfer und Hotel, und das dritte Paket ist das Budget, das ich vor Ort habe, um essen zu gehen oder Kultur zu nutzen. Man spart an dem einem Paket, und das ist mit Sicherheit der Punkt Transfer, dass man sich eine Urlaubsdestination im näheren Umfeld sucht. Das wirkt sich schon heute auf den Tourismusstandort Berlin aus. Hier besteht tatsächlich die Gefahr, dass diese wichtige Branche durch diese Effekte stärker betroffen sein kann.

Ich will hier klarstellen, dass in meiner Darstellung der besonderen Betroffenheit der Branchen wir eine Unternehmensumfrage gemacht haben, wo wir gefragt haben: Fühlen Sie sich betroffen? Wo sehen Sie das stärkste Risiko? – Das Gastgewerbe hat zu 100 Prozent gesagt: Wir sind am stärksten betroffen –, und die Industrie ist mit 70 Prozent dabei gewesen, was nicht bedeutet, dass sie weniger stark betroffen ist, aber die Effekte sind natürlich innerhalb dieses Sektors sehr viel stärker.

Dann komme ich zu dieser einen Frage von Herrn Wolf, zu dem Thema Abschaltkaskaden, Wertschöpfungsketten. Die sind natürlich in der Industrie sehr viel eklatanter, als wir es zum Beispiel im Gastgewerbe haben. Das ist ein direktes Geschäft mit dem Endverbraucher in einem ziemlich abgesteckten wirtschaftlichen Umfeld. In der Industrie geht es ganz viel um Business-to-Business, Stränge und Wertschöpfungsketten, wo das Problem des einen Industriezweigs das des anderen mit bedingt. Neben den Abschaltkaskaden, die wir zwischen Industriezweigen verhindern möchten, spielt auch immer wieder eine Rolle – das werden Sie sicherlich auch gehört haben –, dass bestimmte Maschinen kontinuierlich laufen müssen und, wenn sie von der Energieversorgung abgeschaltet sind, irreparablen Schaden nehmen.

Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig, und jetzt bin ich bei Herrn Gräff, ich springe ein bisschen, aber es passt in die Storyline der Wünsche an die Landespolitik, wir wünschen uns tatsächlich den Dialog zwischen den großen Verbrauchern, den Industriebetrieben, den Versorgern und auch dem Senat, dass Bekanntheit herrscht über diese Effekte, die es in den Wertschöpfungsketten bzw. in den besonderen Produktionsumständen gibt und man an dieser Stelle nicht dogmatische Notfallpläne verfolgt, sondern auch auf diese Möglichkeiten eingeht. Vorstellbar wäre zum Beispiel, einzelne wichtige, teure Investitionsgüter und Produktionsanlagen durch Mindestölmengen am Laufen zu halten. Das wäre im Worst-Case-Szenario eines Abschaltnotfallplans immer noch eine Sicherstellung der Betriebsmittel für die Zeit, damit danach der Betrieb wieder anläuft.

Herr Stroedter! Sie haben nach dem Fachkräftemangel im Handwerk gefragt. Wir haben gerade kurz draußen auf dem Gang darüber gesprochen. Für das Handwerk spreche ich hier offiziell nicht, aber die Erfahrungswerte und Verknüpfungen der Wirtschaftszweige mit dem Handwerk sind bei unseren Mitgliedern im Industrie- und Handelsbereich gegeben. Hier ist es nichts Neues, aber umso verschärfter, dass wir die Situation haben, dass wir tatsächlich mehrere Monate Vorlauf brauchen, wenn Sie inzwischen einen Handwerker bestellen, um die Photovoltaikanlage zu bauen, die Wärmepumpe auszutauschen bzw. im Bau die energetische Gebäudesanierung voranzutreiben. IHK-Kollegen werden hier im Ausschuss immer wieder den Blick in den IHK-Fachkräftemonitor empfehlen, wo wir explizit einen aktuellen Blick auf die Branchen haben. Der ist meines Wissens auch im Frühjahr aktualisiert worden, gibt noch nicht das Kriegs- und Krisenszenario wieder, aber das Szenario, das wir vor dem Krieg hatten, das sich aber mit Sicherheit nur noch weiter verschärft, was den Fachkräftebedarf in bestimmten Branchen angeht.

Dann will ich hier die Möglichkeit nutzen, neben den Wünschen, die Herr Gräff nachgefragt hat, auch auf die Frage der Grünen einzugehen: Wie schaffen wir den Übergang zu den erneuerbaren Energien? – Das ist der mittel- und langfristige Blick auf die Fragestellung, die uns alle umtreibt. Damit schließe ich den Kreis zu meinem Anfangsstatement heute um 14 Uhr, wo ich gesagt habe: Dieser Krieg ist für gar nichts gut. – Am Ende ist er wirklich für nichts gut, hat aber dazu geführt, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie wir uns von einigen fossilen Energieträgern endlich verabschieden, um auch in Zukunft klimaneutral zu wirtschaften. Das ist auch das erklärte Ziel der Berliner Wirtschaft. Wir würden uns an dieser Stelle sehr wünschen – jetzt schaue ich in Ihre Richtung, Herr Gräff, da sind wir wieder bei den Wünschen –, dass wir den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben und vor allem mit Brandenburg zusammen. Wir können uns an dieser Stelle nur als Metropolregion sehen und gemeinsam Strategien entwickeln.

Wir haben gestern in der Stadt in der Presse und auch heute im Ausschuss gesehen, dass wir über das Thema Windkraft gesprochen haben. Die Flächen sind in der Stadt natürlich begrenzt, um den Windbooster in Berlin zu starten. Natürlich wäre es gut, sich mit Brandenburg an einen Tisch zu setzen und da auch über Ausgleichsmöglichkeiten und eine gemeinsame Erreichung von Ziellinien zu sprechen. Das Gleiche gilt dann später für den Wasserstoffaufbau. In Brandenburg gibt es die Flächen, um Wasserstoff zu produzieren. Hier in Berlin gibt es die Forschungsinstitute, die dort unterstützen, und vor allem auch die Verbraucher. Das gehört auf alle Fälle zusammen. Also wir würden uns wünschen, den Ausbau der erneuerbaren Energien insbesondere im Kontext Berlin-Brandenburg zu sehen und hier eine gemeinsame Strategie für den besten erneuerbaren Energiemix bei uns in der Metropolregion aufzusetzen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für Ihre Beantwortung! – Dann, Frau Dr. Peter, hätten Sie das Wort.

Dr. Simone Peter (Bundesverband Erneuerbare Energie): Den Ball kann ich wieder gut aufnehmen und gerne verstärken. Es wird eine Win-Win-Situation geben können, wenn man Expertise, Kompetenz, Flächen, Nachfrage und Bedarf aus Brandenburg und Berlin zusammenbringt. Da sind wir auch der festen Überzeugung, Brandenburg deckt heute schon bilanziell 100 Prozent seines Strombedarfs durch erneuerbare Energien; der wird steigen, wir werden in vielen Sektoren eine Elektrifizierung erleben, ob das die Wärmepumpen, die Elektromobilität

oder der grüne Wasserstoff sind, der heute schon oft genannt wurde. Da hat Berlin nur begrenzt Flächen. Das Thema Wind wurde genannt. In dem aktuell auf dem Tisch liegenden Wind-an-Land-Gesetz sind 0,5 Prozent Fläche für Berlin vorgesehen. Ich glaube auch, dass man an den Rändern noch ein paar Windanlagen mehr dazustellen kann. Das muss nicht bei sechs bleiben. Ich habe auch die Artikel gelesen. Aber es werden natürlich nicht die Flächenpotenziale sein, die man in den Flächenländern hat. Deswegen ist diese Vereinbarung mit Brandenburg sicherlich wichtig und zielführend.

Osterpaket – das sind nicht nur Rahmenbedingungen, die in den Bundesländern oder Stadtstaaten getroffen werden müssen, sondern da gehen vor allem die Bundesregierung und Europa voran. Es wurde auf europäischer Ebene das REPower-EU-Paket geschnürt, das schon sehr ambitioniert vorangeht und für die Mitgliedsstaaten Potenziale bzw. auch Maßnahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien beschreibt. Die Bundesregierung ist mit sehr ambitionierten Zielen gestartet: 80 Prozent Stromausbau bis 2030 mit erneuerbaren Energien. Wir haben dazu Stellung bezogen, dass ein paar Maßnahmeninstrumente noch zu kurz greifen, um die Erneuerbaren wirklich zu entfesseln. Bei der Entfesselung sprechen wir von Wind und Solar. Bei der Solarenergie geht es ja gerade darum, auch im städtischen Kontext wirklich alles zu nutzen, ob es die Eigenheime oder – Berlin als Stadt der Mieterinnen und Mieter – die Miethäuser sind, diese mit Solarenergie zu bedecken und die Menschen auch direkt zu beteiligen. Das erhöht die Akzeptanz auch für weitere Aus- und Umbaumaßnahmen und vergünstigt die Energieversorgung. Wenn man sich heute anschaut, dass die Solar- und Windproduktion bei 3 bis 4 Cent/kWh liegt und wir auch immer wieder strombörsenpreissenkende Effekte durch Wind- und Solareinspeisung haben, dann ist das eben in der Perspektive eine preissenkende Maßnahme. Hier müssen die Vergütungssätze für die Eigenverbrauchsanlagen unseres Erachtens noch aufgestockt werden. Insgesamt müssen Eigen- und Direktversorgung noch gestärkt werden, auch was den Mieterstrom angeht.

Bei den Flächen für Solarparks, was Brandenburg angeht, wünschen wir uns noch eine weitere Bereitstellung, z. B. bei benachteiligten Flächen. Da sehen wir auch nicht unbedingt eine Flächenkonkurrenz, sondern da gibt es noch Potenzial. Natürlich auch sehr stark im Bereich der Wärme, Solarthermie, Wärmepumpen, Wärmenetze, ich habe das eben schon einfühend gesagt, auch Berlin hat Potenziale für die Geothermie. 450 MW thermische Energie könnten aus dem Berliner Untergrund kommen. Das sind ungefähr drei herkömmliche Kohle- oder Gaskraftwerke. Wärmepumpen und Solarthermie geben auch große Potenziale ab. Wenn man zum Beispiel die Gasheizungen, die in den letzten fünf bis zehn Jahren gebaut wurden, durch Solarthermieanlagen ersetzen würde, könnte man bundesweit etwa 40 Prozent des Energiebedarfs senken, allein dadurch, dass man den Solarthermiebedarf in den Übergangszeiten oder das warme Wasser im Sommer mit Wärme gewinnt. Auch hier wünschen wir uns ein Boosterprogramm. Im ganzen Bereich Wärme hat die Bundesregierung noch nicht viel vorgelegt. Das kommt jetzt mit dem Gebäudeenergiegesetz und Bundesprogrammen zu effizienten Gebäuden. Wir warten lange und händeringend auf das Bundesprogramm Effiziente Wärmenetze, denn in den Wärmenetzen, ob das Fernwärme oder Nahwärme ist, liegt ein hohes Potenzial, den Switch von fossil zu erneuerbar hinzubekommen. Grundsätzlich muss es beim Heizungssektor auch darum gehen, dass man schnell aus den fossilen Anlagen herauskommt und in die erneuerbaren investiert.

Bei Wind, ich habe eben gesagt, Wind-an-Land-Gesetz – das Bundesnaturschutzgesetz hat übers Wochenende das Licht der Welt erblickt. Wir wünschen uns grundsätzlich, dass nicht

noch mehr Hürden eingebaut werden, sondern dass Genehmigungsverfahren schnell und verlässlich kommen können. Der Wind ist aber, wie eben schon gesagt, vor allem ein Thema, das Brandenburg angeht. Aber wenn man sich mal anguckt, dass wir zum Beispiel Windparks in der Bundesrepublik haben, die jetzt gepowert, also alte durch neue ersetzt werden können, dann könnte man dieses Potenzial innerhalb kürzester Zeit verdreifachen. Also 15 GW Windfläche fallen bundesweit in den nächsten drei bis vier Jahren aus der Vergütung. Wenn man das am selben Standort durch neue Anlagen ersetzt, könnte man die Gesamtmenge, die eingespeist wird, verdreifachen. Da liegen Potenziale auch in Brandenburg, die zu nutzen sind.

Ich habe eben schon gesagt, Bioenergie, auch da wünschen uns Anschlussperspektiven für die Anlagen, die da sind. Das ist auch eher ein Blick auf Brandenburg als auf Berlin. Wir haben über 9 000 Vor-Ort-Verstromungsanlagen, die, wenn kein Strom erzeugt wird, Biogas für die Wärme erzeugen können. Da sollte man sich vonseiten der Bundesregierung genau überlegen, ob man hier Möglichkeiten nutzt, das auch noch einzuspeisen oder Wärmenetze vor Ort zu versorgen. Da ließe sich auch für Berlin noch ein Gewinn entwickeln. Wärme generell: Wir sind eingeladen zu einem Wärmepumpengipfel. Auch hier sehe ich großes Engagement der Bundesregierung, die jetzt viele Gesetze innerhalb kürzester Zeit vorlegt, innerhalb von drei Monaten mehr als die letzte Bundesregierung in einer Legislaturperiode. Da geht dann vielleicht manches in eine falsche Richtung, da versuchen wir, im parlamentarischen Verfahren noch nachzubessern, was nachzubessern ist. Aber klar ist: Der große schlafende Riese Wärmewende, wo viel Gas reinfließt, ist jetzt zu stemmen mit Erneuerbaren, Verbrauchsreduktionen und Effizienz, damit es zu einem Hochlauf kommt. Ich habe Solarbooster und Wärmepumpenbooster schon genannt.

Es geht auch um sozial gerechte CO₂-Preise. Da gab es schon die Aufteilung zwischen Mietern und Vermietern. Das kann man noch weiter so gestalten, dass die Mieter nach und nach nicht die volle Belastung tragen. Das ist uns auch wichtig. – Noch mal die Betonung, Handwerksoffensive, die ist jetzt wirklich von Bund und Ländern im Austausch zu organisieren: Wie kriegen wir Aus- und Weiterbildung ins Handwerk? Wie kriegen wir diese große Notwendigkeit hin, die Handwerksoffensive zu starten? – Berlin hat ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz und ein Energie- und Klimaschutzprogramm. Das ist eben von SPD-Seite nachgefragt worden. Hier ist es gut, dass es Förderungen gibt, dass wir zu dem, was die Bundesregierung an Rahmen, auch ordnungspolitischen Rahmen aufsetzt, weitere Förderprogramme von Bundes- und Landesseite bekommen, denn der Bedarf wird riesig sein. Wir müssen mehrere Hunderttausend Heizungskessel pro Jahr austauschen. Deswegen sind die Wärmeförderprogramme sicherlich gut aufgelegt.

Eine weitere Frage gab es zum Thema Wasserstoff. Wir sehen natürlich auch, dass das man da, gerade in den Regionen, wo wir jetzt schon eine 100-prozentige Versorgung mit Ökostrom haben, das ist Brandenburg, das ist Schleswig-Holstein, dazu kommen peu à peu immer mehr Länder, auch in die Wasserstoffproduktion kommt. Das ist in Norddeutschland gut aufgehoben. Wir haben selbst ein eigenes Strommarktdesign von zwei Fraunhofer-Instituten erarbeiten lassen, die durchaus sagen, wir können theoretisch unseren gesamten Bedarf heimisch decken. Das muss man nicht, das muss man auch nicht wollen. Es gibt ja auch außenpolitische Energiepartnerschaften, die man in Zukunft mit grünem Wasserstoff oder Strom abdecken kann. Aber man könnte es theoretisch, man kann diese heimischen Potenziale nutzen. Der grüne Wasserstoff, regional erzeugt, trägt auch dazu bei, dass wir die Marktwerte der erneuerbaren Energien stabilisieren, dass wir insgesamt aus fluktuierenden Quellen, Wind und

Solar, und flexibel steuerbaren Quellen aus Bioenergie, Geothermie, Wasserkraft, zunehmend Speicher, und grünem Wasserstoff ein verlässliches System bekommen, das uns Tag und Nacht und Winter wie Sommer Energie liefert.

Dass das auch für Brandenburg möglich ist, dazu gibt es Studien. Vor Kurzem hat die Energy Watch Group, das war unser früherer Bundestagskollege Hans-Josef Fell, eine Studie vorgelegt, dass wir bis 2030 unseren gesamten Energiebedarf in Brandenburg und Berlin erneuerbar decken können. Das braucht viele Investitionen, eben auch die Flächen und Genehmigungen. Deswegen muss der Ordnungsrahmen auf Bundesebene noch weiter gestaltet werden, um die fossilen Energien nach und nach zu ersetzen.

Wichtig sind Kampagnen. Wir brauchen die Unterstützung der Privatleute und der Unternehmen. Wir haben im Saarland – ich war ja mal Energieministerin im Saarland – innerhalb von zwei Jahren ein Energieeffizienznetzwerk zwischen mittelständischen Unternehmen organisiert, die 10 bis 15 Prozent ihres Energiebedarfs dadurch senken konnten, dass sie sich ausgetauscht haben, Best Practice austauschen zwischen Unternehmen im Energieeffizienznetzwerk. Energiesparkampagnen, die jetzt auch der Bundeswirtschaftsminister vorangebracht hat, Investitionen in erneuerbare Technologien, die heute ja wettbewerbsfähig sind! Ich habe die Investitionszahlen für den Weltmarkt eben genannt. Die gehen ja voran.

Da, wo wir Übergänge brauchen – lassen Sie mich noch etwas zu Schwedt sagen: Ich spreche ja hier nicht für die Bundesregierung, das kann man mir nicht anlasten, aber ich habe mich bei Staatssekretär Kellner gestern noch informiert, der mir sagte: Wir versuchen, das jetzt alles in den nächsten zwei bis drei Monaten so zu organisieren mit der Bund-Länder-Gruppe, mit dem Austausch mit unseren Nachbarstaaten, mit Möglichkeiten, über Polen zu kompensieren, eine neue Eigentümerstruktur aufzubauen, die dann über Polen und den Hafen Rostock die Möglichkeiten organisiert. – Aber man muss natürlich sehen: Wir brauchen auch die Transformation. Wir haben heute schon Überkapazitäten im deutschen Raffineriemarkt. Wenn wir 15 Millionen Elektroautos bis zum Jahr 2030 aufbauen, werden wir noch mal 30 Prozent weniger Raffinerieprodukte haben. Also diese Transformation muss man mitdenken, im Strombereich, im Molekülbereich, ob es die Wasserstoff- oder die Ölprodukte sind. Wir haben einen Switch hin zu grünem Wasserstoff, zu E-Kerosin, auch zu E-Fuel. Ich glaube, dass wir da auch überlegen müssen, den Einsatz voranzubringen, wo man das braucht, wenn man nicht direkt elektrifizieren kann. Da sind solche Raffinerien auch Zukunftsstandorte, die wir auf jeden Fall stärken müssen.

Ich habe das schon im Eingangsstatement gesagt, ich bin ziemlich optimistisch, dass wir eine 100-prozentige Versorgung in Berlin und Brandenburg hinbekommen. Wir werden nicht alles elektrifizieren, aber ziemlich viel. Deswegen die Potenziale nutzen, die wir in Berlin auf den Dächern mit Photovoltaik haben, im Umland mit Wind- und Bioenergie, dort, wo regional Potenziale sind, grünen Wasserstoff zu bilden, das auszubauen, Speicher auszubauen! Wir hören von den Unternehmen: Es braucht Strategien in Deutschland und Europa, die Produktionskapazitäten wieder aufzubauen. – Darüber müssen wir uns unterhalten, wie wir Lieferketten vielleicht europaweit aufbauen, wie wir Ressourcen auch europaweit generieren, wie wir Recycling organisieren, um zum Beispiel das, was aus Speichern, aus Photovoltaikanlagen, aus Windanlagen kommt, noch einmal in eine weitere Nutzung zu überführen. Aber das sind Überlegungen, die jetzt angestellt werden müssen. Da bin ich nach wie vor beim Forschungsstandort Berlin zuversichtlich, dass es hier Strategien gibt, das zu organisieren, ohne zum Bei-

spiel eine Infrastruktur für fossile Energieträger noch einmal neu aufzubauen. Deswegen mein Plädoyer: Wenn wir jetzt über LNG sprechen, ist das eine Zwischenlösung. Beim Gasnetz sind wir etwas anderer Meinung: Wo wir in den Netzen grünen Wasserstoff unterbringen können, ist es gut, aber das wird regional bezahlbarer sein, als überregional große Netze aufrechtzuerhalten.

Das war jetzt ein weiter Bogen. Wenn ich noch einen Satz zum Thema Gas- und Ölembargo sagen darf: Das sind wirklich Themen, wo wir jetzt die gesamte Kompetenz brauchen. Auch hier wurden die Zahlen schon genannt. Das Ölembargo wird uns weniger stark treffen als das Gasembargo. Beim Ölembargo gibt es auch Prognosen, die sagen, da sind die Preise mittlerweile am Markt schon eingepreist, also wir werden möglicherweise nicht mehr viele steigende Preise sehen, weil gleichzeitig der Rohölpreis steigt. Das will ich hier aber nur im geschützten Raum sagen. Das muss man abwarten, wie es sich entwickelt. Wenn wir das in den nächsten sechs bis acht Monaten wirklich substituieren können, dann wird man auch möglicherweise nicht die Steigerungen haben, die man hätte, wenn man jetzt zum Beispiel mit dem Gasembargo konfrontiert wäre. Also ein Gasembargo wäre tatsächlich kurzfristig ein Problem. Das ist hier auch angesprochen worden. Mittel- und langfristig sollten wir uns darum kümmern, mit Elektrifizierung, mit dem Switch in der Wärmewende und mit der Umstellung auf die erneuerbaren Energien die fossilen Gase möglichst schnell aus der Versorgung herauszubringen. Ich plädiere dafür, dass wir den grünen Wasserstoff, der ein hohes Gut ist, vor allem in der Industrie vorsehen, weniger im Heizungskeller. Auch da bin ich der Meinung der Vorredner, dass wir sehr genau darauf achten müssen, wo wir den grünen Wasserstoff einsetzen. Der wird weniger im Wärme- und Mobilitätsmarkt eingesetzt sein, sondern vor allem bei der Industrie gebraucht. Da sind die Bedarfe allerdings relativ hoch. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Peter, für Ihre Ausführungen! – Dann habe ich eine neue Wortmeldung der Kollegin Kapek von Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte sehr, Frau Kollegin!

Antje Kapek (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hoffe, ich störe nicht die ganze Ausschussabfolge, aber wenn ich hier schon mal in Vertretung bin, kann ich meine Chance nutzen, um Wissenslücken zu schließen. Hier sitzt eine ganze Reihe von Expertinnen und Experten. Mit Herrn Friedrichs habe ich über dieses Thema schon mal gesprochen. Aber jetzt wurde das Thema grüner Wasserstoff an so vielen Stellen als Zukunftschance erwähnt. Ich verstehe das auch. Ich verstehe auch, dass Brandenburg die Flächen hat. Aber an einer Stelle verstehe ich es rein technisch nicht, denn was Brandenburg nicht hat, ist Wasser. Es ist die trockenste Region Deutschlands, vielleicht künftig Europas, zum Glück werden wir das vielleicht auch nicht schaffen, aber wenn es hier mal regnet, freuen sich die Menschen. Das heißt, die Frage, woher ich das Wasser hole, ist quasi die eine Frage. Ich habe gehört, dass es irgendwie Experimente mit Meerwasser gibt. Ich bin wirklich Laie, ich habe keine Ahnung, ich weiß nicht, wie die Antwort aussieht, aber nach meinem laienhaften Verständnis brauchte es zwei Kraftwerke, nur um die Entsalzung hinzubekommen. Insofern, wenn Sie als Expertinnen und Experten meine Wissenslücke schließen könnten, wäre ich Ihnen super dankbar.

Die zweite Frage schließt beim Umbau der Infrastrukturen an. Wir haben es in der Lüftungspause vor der Tür einmal kurz diskutiert. Ich als Grüne freue mich natürlich, wenn unser Bundeswirtschaftsminister sagt, wir wollen bis 2026 energieneutral sein, ich verstehe aber auch, dass die Eigenheimbesitzer sagen: Panik! Wie soll ich denn das hinkriegen? Wie soll

ich es finanzieren? Wie soll ich es technisch umsetzen? Woher bekomme ich die Handwerker? – Verstehe ich! Und dann ist es meines Erachtens der Job auch von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu gucken, wie das denn funktionieren könnte. Das fängt nicht nur im Keller bei der Frage an, wie ich meine Gastherme umrüste, sondern es geht bis zu der Frage, wie ich eigentlich unser Gasnetz so umrüste, dass ich den grünen Wasserstoff nutzen kann, denn wir sind uns einig, dass wir das Traditionsunternehmen GASAG am Standort auf jeden Fall erhalten wollen. – Lange Ausführungen, aber zwei einfache Fragen, erstens: Woher kriegen wir das Wasser für den grünen Wasserstoff? – Und zweitens: Gibt es da schon erste Überlegungen, was vielleicht als Sofortmaßnahme im Bereich der technischen Umrüstung empfehlenswert wäre?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann frage ich mal, ob noch weitere Wortmeldungen vorliegen. – Das ist nicht der Fall. – Dann Herr Friedrichs zur Beantwortung!

Georg Friedrichs (GASAG): Herzlichen Dank! – Die erste Frage ist leider eine extrem berechtigte Frage. Wenn man mal in die Lausitz geht, was wir natürlich machen, und mit der LEAG spricht, die haben Platz für 6 000 bis 7 000 MW PV auf ihren Tagebaurestflächen, also es sind gigantische Kraftwerke, die da im PV-Bereich entstehen können. Das geht alles rechtlich noch nicht, weil das Tagebaurestflächen sind. Aber unterstellen wir mal, wir kriegen das alles geregelt und kriegen die gebaut, dann ist da extremes Potenzial für die Herstellung von Wasserstoff. 1 Kilo grüner Wasserstoff braucht 8 Liter Wasser, und die haben wir in der Lausitz heute so nicht. Das ist in der Tat so, das ist ein Problem. Deswegen gibt es einen gewissen Reiz für die dezentrale Produktion von Wasserstoff. Alles, was wir dezentral hinkriegen, ist immer erst mal gut, weil es Infrastrukturen vermeidet. Das gilt aber nicht nur für die Produktion, sondern – da bin ich völlig anderer Meinung als Frau Peter – auch für die Nutzung dessen, was wir machen. Wo wir künftig Energie verbrauchen, da bin ich dann schon bei der zweiten Frage, sollten wir immer darauf achten, dass wir es smart machen. Ich verstehe die Story immer nicht zu sagen, wir machen das alles regional, aber die Industrie kriegt den Wasserstoff. Das geht für mich nicht auf, denn die Industrie ist nicht dezentral unterwegs, also müssen wir den Wasserstoff erst mal zur Industrie bringen.

Das zweite, aus meiner Sicht, Missverständnis an der Stelle ist: Wie sieht das Energiesystem unserer Zukunft aus, auch in der Stadt? – Wir werden in 20 Jahren keinen Strommarkt, keinen Wärmemarkt und keinen Mobilitätsmarkt mehr haben, sondern wir werden ein einheitliches Energiesystem haben, und das ist im Kern elektrisch. Das Wort Sektorkopplung wird uns entgleiten, wir werden es nicht mehr brauchen. Im Winter werden wir uns nicht darüber Gedanken machen, ob wir genug Wärme haben, weil es gerade kalt ist, sondern wir werden uns Gedanken darüber machen: Haben wir genug Strom, also Energie, um das Gesamtsystem für die Mobilität, für das, was wir heute mit Strom machen, für das Gewerbe, für die Industrie und natürlich auch für die Wärme am Laufen zu halten? – Da wird Wasserstoff eine Rolle spielen. Wir werden ihn vielleicht im Keller verbrennen, aber nicht, um wie heute Erdgas zu Wärme zu machen, sondern um unser Stromsystem am Laufen zu halten. Wir werden im Keller Strom produzieren, KWK, und wir werden intelligenterweise die dabei entstehende Wärme dezentral in einer Wärmesenke nutzen. Das heißt, Berlin hat hier eine große Rolle. Berlin ist eine spektakuläre Senke und ergänzt deswegen Brandenburg. Aus brandenburgischer Sicht ist das übrigens ein Problem. Brandenburg denkt sich, ich muss den Strom machen, und in Berlin wird er verbraucht. Aber das System gehört zusammen. Hier wohnen die Menschen, hier ar-

beiten übrigens auch viele Brandenburger. Ich kann das sagen, weil wir viele Brandenburgerinnen und Brandenburger haben, die bei uns arbeiten. Das ist so. Aber wir haben hier ein emotionales Problem. Wer in die Energiestrategie des Landes Brandenburg guckt, der wird entdecken, dass dort steht, wir bauen erneuerbare Kapazitäten nur noch für den Energiebedarf in Brandenburg. Das steht in der jüngsten Ausfertigung der brandenburgischen Energiestrategie. Das folgt dem Bewusstsein – ich kann das auch nachvollziehen –, dass es schwierig ist, ein brandenburgisches Windrad in die Abstandsregelung hineinzubauen, wenn das Gefühl besteht, das mache ich für Berlin. Das ist aber der Stand, und damit werden wir umgehen müssen. Damit gehen wir jeden Tag um, aber damit wird auch die Politik zwischen Berlin und Brandenburg umgehen müssen. Das ist eine richtige Herausforderung.

Noch mal zurück zu der ersten Frage: Wir haben ein Problem, wir müssen Wasserstoff – wir müssen aus meiner Sicht skalieren, daran geht kein Weg bei den Mengen an Energie, die wir brauchen, vorbei, das ist auch eine Frage von Skalierung, das macht es auch preiswerter – dort produzieren, wo wir entweder genug Wasser haben, also zum Beispiel: Es gibt ein paar schöne Regionen in Spanien, nicht dicht besiedelt, aber schon ein bisschen höher, da gibt es genug Sonne, es gibt ein bisschen bergiges Gebiet, da gibt es Wasser, in Portugal gibt es solche Regionen. Problem an der Stelle: Es gibt keine Pipeline durch die Pyrenäen. Da haben wir noch ein Thema. Frankreich ist nicht so scharf auf Wasserstoffpipelines. Zurzeit das größte Problem der Wasserstoffversorgung Europas! Damit müssen wir umgehen. – Ja, Entsalzung wird gehen. Ehrlicherweise, wir brauchen entsprechend noch mehr Energie, denn es ist ein erheblicher Effizienzverlust. Ich muss entsalzen, aber dann kann ich es machen. Das Versprechen von grünem Wasserstoff aus Nordafrika basiert auf Entsalzung. Das ist so, das geht gar nicht anders.

Letztes Wort: Umnutzung der bestehenden Gasnetzinfrastruktur. Da geht es für mich gar nicht so sehr darum, dass man die GASAG erhalten muss, sondern es geht darum, dass wir nur bis 2040 – so unsere Strategie – Zeit haben, um ein fertiges klimaneutrales System für Berlin zu erzeugen. Da muss am Anfang grüne Energie stehen, also erneuerbare. Das ist die eine Aufgabe, an der wir schon arbeiten. Wir müssen aber auch dann mit den Infrastrukturen, die wir brauchen, fertig sein. Dazu gehört, wie ich gesagt habe, ein deutlich grobmaschigeres Wasserstoffnetz für die Region, für die Stadt, mit dem wir auch regional erzeugten Wasserstoff aufnehmen, ihn aber auch sinnvoll in der Wärmesenke verbrauchen können. Damit müssen wir heute starten. Dafür gibt es noch keinen Rahmen. Ehrlicherweise, das ist ein Problem. Das ist ein Bestandteil der noch zu erstellenden gemeinsamen Infrastrukturplanung. Wir können das natürlich aus dem heutigen Netz entwickeln.

Eine Frage habe ich vorhin nicht beantwortet: Wenn man auf das Gesamtnetz guckt, sind wir zu 75 Prozent wasserstoffready, im Osten fast alles, im Westen nicht ganz. Das liegt daran, dass im Osten nach der Wende fast alles neu gebaut worden ist, und zwar in Plastik, und Plastik ist kein Problem. Alte Gussrohre, wie wir sie im Westen noch finden, sind schon eher ein Problem. Über den Daumen in Berlin 75 Prozent! Ich finde den Wert nicht so wichtig, weil wir nicht das ganze Netz mit grünem Gas vollpumpen werden. Das ist nicht der Weg in die Zukunft, sondern wir müssen uns darüber Gedanken machen: Welche Mindestanforderungen an Wasserstoffinfrastruktur brauchen wir, und wie kriegen wir die entwickelt? – Dafür werden wir auch das heutige Netz gut nutzen können. Wir werden die Trassen benutzen. Wir werden einen Teil der bestehenden Infrastruktur nutzen. Wir werden auch Regionen in der Stadt sehen, die vielleicht einen Wasserstoffhub haben, den wir gewerblich nutzen können,

den wir dann auch verstärkt für Kraft-Wärme-Kopplung nutzen können. Wie gesagt, immer im Sinne des Gesamtsystems! Das spart übrigens Investitionen ins Stromnetz, wenn wir im Winter an der einen oder anderen Stelle in der Stadt Strom aus grünem Wasserstoff erzeugen können. Dann muss ich weniger Stromnetz bauen. Auch das ist ein Problem, die erforderliche Verdrei- bis Vervierfachung des Stromnetzes in dieser Stadt, auch bis 2040. Auch nicht einfach! Wenn man sich vorstellt, wir müssten das alles neu bauen – wer mal versucht hat, eine Leitung quer durch Berlin zu legen, der sieht das Problem. Also wir müssen möglichst das, was wir haben, sinnvoll nutzen, aber wir müssen Einigkeit über das Endprodukt erzielen, und das Endprodukt ist leider nicht: Wir nutzen unsere Netze, machen die noch ein bisschen wasserstoffready und schieben grünen Wasserstoff durch. – So wird das nicht sein. Das ist nicht das Netz der Zukunft, aber ein Großteil der künftigen Wasserstoffinfrastruktur, die wir brauchen, haben wir schon, wir müssen sie nur intelligent entwickeln, weiterbauen und in die Zukunft schieben. – Ich hoffe, das beantwortet die Frage.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Friedrichs! – Ich will noch mal ganz kurz nachfragen: Sie haben gesagt, 75 Prozent, die sozusagen voll tauglich wären, ohne weitere Umrüstungsmaßnahmen, und die anderen 25 Prozent – ob man die braucht oder nicht, sei mal dahingestellt –, über welches Investitionsvolumen reden wir denn da?

Georg Friedrichs (GASAG): Das kann ich ehrlicherweise nicht beantworten. Das würde man wahrscheinlich auch nicht so machen. Man würde nicht alles komplett umbauen, sondern man würde das nehmen, was funktioniert. Die 75 Prozent beziehen sich auf die Rohre. Nicht jede Dichtung, die wir in den Anlagen haben, ist wasserstofftauglich. Nicht jede Reglerarmatur ist wasserstofftauglich. Ein bisschen was müssten wir noch machen, aber sehr überschaubar. Aber wir müssen nicht an die Grundstruktur ran. Das ist der große Vorteil. Das ist, wie gesagt, im Osten fast durchgängig. Fast alle unsere brandenburgischen Netze sind zu 100 Prozent wasserstofftauglich, weil sie nach der Wende entstanden sind und schlicht aus PE-Rohr gebaut wurden, das ist die Antwort, während wir im Westen mäßig sanierte Gussrohre liegen haben, in Teilen jedenfalls. – Ich hoffe, das beantwortet die Frage.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ja, vielen Dank, Herr Friedrichs, dass Sie das noch mal präzisiert haben! – Dann frage ich jetzt noch mal den Ausschuss: Gibt es weitere Fragen? – Es gibt noch Ergänzungswünsche. Wer möchte? – Frau Dr. Peter, bitte!

Dr. Simone Peter (Bundesverband Erneuerbare Energie): Nur kurz: Ich teile die Einschätzung, was das Thema Wasserstoff angeht, aus den Ressourcengründen Wasser, aber natürlich auch, weil man große Mengen Energie, Strom braucht, um das zu bilden, sodass das der Champagner der Energiewende ist. Das ist ein geflügeltes Wort, das wir schon seit Längerem gehört haben. Man soll es wirklich ganz gezielt einsetzen, aber wir brauchen es zur Substitution als Molekül in der Industrie. Deswegen sehe ich es nicht im Wärme- und Mobilitätsbereich in der Größenordnung. Wir haben im Moment in Brandenburg riesige Wasserbedarfe durch die Braunkohle. Das muss man in Relation setzen. Wir müssen schon das Thema Wasser mit im Auge behalten. Das wird aber in anderen Ländern nicht anders sein. Wenn ich mir jetzt angucke, an diesem Wochenende über 40 Grad in Spanien, haben auch andere Länder die Ressourcenfragen und werden sie sich verstärkt stellen. Wir brauchen Gesamtkonzepte.

Da bin ich auch ganz bei Ihnen, dass wir in der Sektorkopplung die intelligente Verbindung zwischen Strom, Wärme und Kraftstoffen, zwischen Strom und Molekülen so organisieren, dass wir die Bedarfe decken. Ich bin mit unseren Berechnungen auch sicher: Je kleinräumiger wir das machen, desto günstiger wird es. Zum Beispiel das Anliegen, mit der Photovoltaikanlage die Wärmepumpe und das Elektroauto anzutreiben, spart Kosten für die Gesamtverbraucher. Da gibt es in der EU mittlerweile einen Rahmen, das Energy-Sharing, dass man, wenn man kleinräumig, dezentral die Energie erzeugt, verbraucht und verteilt, einen Vorzug bekommt. Diese Energiegemeinschaften werden in Österreich schon gefördert. Die Bundesregierung plant das auch mit einem Fonds, weil es volkswirtschaftlich eine Entlastung darstellt. Je mehr dezentral und regional organisiert wird, desto mehr spart man Übertragungsnetze, spart die Netzanschlusskosten, und das ist eine Frage, die man volkswirtschaftlich auf dieser Plattform „Klimaneutrales Stromsystem“, die das Bundeswirtschaftsministerium plant, diskutieren muss.

Ich persönlich, letzter Satz, glaube, wenn ich den Ministerpräsidenten Brandenburgs auf der Ost-MPK am Montag richtig verstanden habe, dass er schon davon profitieren will, dass sein Land heute schon einen Vorsprung hat bei den erneuerbaren Energien und nicht nur Industrieansiedlungen damit abdecken will, die neben Tesla, Intel und anderen kommen, sondern auch bereit ist, mit Berlin zu diskutieren und auch zu verhandeln, weil zum Beispiel auch in dem aktuellen Wind-an-Land-Gesetz durchaus die einen Länder in Staatsverträgen mit den anderen, die vielleicht weniger Windfläche haben, in vertragliche Verbindungen treten können, um diesen Windstrom zu liefern. Da wird es Vereinfachungen regulatorischer Art geben. Ich bin da recht zuversichtlich, dass sich die Debatte verändern wird, nicht nur den Strom für das eigene Land zu produzieren, sondern auch für die anliegenden Länder oder Stadtstaaten wie Berlin, und das muss man jetzt auch vertraglich angehen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Bitte, Herr Ben-Rhouma!

Anis Ben-Rhouma (IG BCE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich noch mal ganz herzlich bei Frau Kapek bedanken für die sehr gute Frage. Ich werde mir sie auf jeden Fall für Schwedt auch noch mal mitnehmen. Das ist berechtigt, und ich habe mir, ehrlich gesagt, noch keinen Kopf darum gemacht. Aber klar, wenn man das umbauen will, muss man das Wasser auch in die Uckermark bringen und nicht nur in die Lausitz. Das muss irgendwie funktionieren.

Ich habe mir eine Sache noch mal aufgehoben bzw. habe überlegt, weil Herr Gräff von der CDU gesagt hat, wir sollen Wünsche äußern. Das würde ich gerne an der Stelle noch mal machen mit zwei kurzen Wünschen. Das Erste ist: Achten Sie mir bitte auch im Abgeordnetenhaus auf die Beschäftigten bei der ganzen Thematik! Die müssen mitgenommen werden, das heißt, die müssen weitergebildet werden. Ich kann nicht, wenn ich eine Schwerölanlage fahre, von heute auf morgen ohne Weiteres Wasserstoff bedienen. Das geht, man muss sie umschulen. Man muss sie qualifizieren und vorbereiten, und dann kriegen die Kolleginnen und Kollegen das auch hin.

Das Letzte ist tatsächlich noch mal, das wird Sie jetzt vielleicht nicht wundern als Gewerkschaftsvertreter, die Frage zu den Tarifverträgen, Betriebsräten und Mitbestimmung. Nur mal eine kleine Anekdote, und das ist nicht böse gemeint, es kommt halt bei den Leuten so an: Als die Schwedt-Problematik aufkam, war Herr Kellner auf dem Gelände und hat einen Betrieb besucht, der synthetische Kraftstoffe herstellt. Da waren die Kolleginnen und Kollegen ein bisschen sauer, weil er nicht bei Ihnen war – das ist vor ein paar Wochen gewesen –, aber dieser Betrieb, der synthetische Kraftstoffe herstellt, hat weder Betriebsrat noch einen Tarifvertrag. Es ist schon unsere Aufgabe, die Belegschaft dahin zu bringen, dass wir das machen, aber meine Bitte wäre tatsächlich an das Land, und da gibt es auch Initiativen, Tariftreue und dergleichen bei öffentlichen Aufträgen, das zumindest mit im Blick zu haben. Also an die Abgeordneten und auch an die Landesregierung, dass man auch bei den erneuerbaren Energiebetrieben diese Fragen einfach mal stellt: Habt ihr einen Tarifvertrag? Gibt es einen Betriebsrat? Ich würde gerne mit dem Betriebsrat reden. – Das kann man ja mal machen, wenn man als Abgeordneter einen solchen Betrieb besucht. Das wäre einfach noch mal mein Wunsch, dass Sie das vielleicht noch mal mitnehmen am Ende von mir.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Ich frage noch mal, ob es noch weitere Ergänzungswünsche gibt. – Herr Margraf, bitte!

Simon Margraf (IHK): Ich habe das Gefühl, wir sind hier gerade in der Schlussrunde. Da möchte ich jetzt die Möglichkeit nutzen, den Punkt noch zu machen und insbesondere auf die Frage von Frau Kapek noch mal zu den Fachkräften einzugehen: Wie kriegen wir das jetzt eigentlich hin, diese Fachkräfte für die Energiewende zu bekommen? –, da wir als Kammer tatsächlich hier im Kerngeschäft unterwegs sind. Hier gilt leider dasselbe Instrumentarium wie vor der Krise. Da hatten wir auch schon einen Fachkräftemangel. An der Stelle gelten dieselben Strategien wie bisher, und das heißt, es wird nicht einfacher, weil wir an vielen Stellen um Fachkräfte buhlen und von den Unternehmen auch neue Anforderungen kommen.

Es gibt vier Aspekte, die man tatsächlich machen kann, Instrumente die man nutzen kann. Natürlich können wir am heimischen Arbeitsmarkt schauen. Wir müssen in die Jobcenter gehen, über Qualifizierungsmaßnahmen sprechen und auch über Job-Changes. Wir alle wissen, dass das Potenzial tatsächlich begrenzt ist an dieser Stelle. Deswegen, in einem etwas mittelfristigeren Rahmen gilt das natürlich weiterhin, dass der lokale Fachkräftemarkt so gut ist wie sein Bildungssystem und das Berliner Bildungssystem und wie gut seine Schulen sind. An dieser Stelle haben wir in Berlin tatsächlich einen Standortnachteil mit hohen Abbrecherquoten, die am Ende auch dazu führen, dass wir leider am Ausbildungsmarkt nicht die Bewerberinnen und Bewerber bekommen, die wir uns wünschen und die insbesondere auch für diese neuen Fragestellungen nicht gut vorbereitet sind. Allgemein haben wir natürlich einen Akademisierungstrend nicht nur in Berlin, sondern auch bundesweit. Das heißt, uns fehlen die

tatsächlich beruflich qualifizierten Fachkräfte, die wir für die Energiewende brauchen. Daneben muss Berlin wieder attraktiv werden für ausländische Fachkräfte. Die Stadt ist leicht geschrumpft in den letzten Jahren während der Coronakrise, was auch daran lag, dass wir wenig Fachkräfte aus dem Ausland für Berlin gewinnen konnten, was natürlich an der Coronakrise liegt. Wir brauchen Perspektiven dafür, dass diese Fachkräfte auch Wohnungen finden und Möglichkeiten haben, für ihre Familien hier eine gute Bleibe zu finden und auch ein gutes Betreuungs- und Schulsystem.

Am Ende wird es immer darum gehen, dass wir, und das machen wir als Kammer jetzt auch, kleine Projekte starten werden, das heißt, im Kleinen anfangen, um das Know-how in die Betriebe zu bringen. Wir setzen das Projekt der Energiescouts wieder auf. Das haben wir vor fünf Jahren beendet. Jetzt starten wir es wieder. Das machen die Kammern bundesweit. Das bedeutet, dass wir junge Azubis während ihrer Ausbildung mit einer Weiterbildung zum Energiescout parallel ausbilden, die dann in ihre Betriebe dieses Know-how mit reinbringen und nach Energieeinsparmaßnahmen schauen. Das sind kleine Maßnahmen. Hier geht es nicht um die Umsetzung der Energiewende im großen Stil, aber es geht um das Know-how in den Betrieben, und für diese Projekte müssen wir uns jetzt auch die Zeit nehmen. Es ist eine gute Zeit dafür. – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch für Ihre Ausführungen! – Dann haben wir sozusagen noch mal ein indirektes Schlusswort gemacht. Frau Kapek! Sie können wiederkommen. Es hat sich gelohnt. Alle waren wieder präsent. – Ich gehe davon aus, weitere Wortmeldungen kommen jetzt nicht mehr. – Das ist so. Dann kann ich feststellen, dass die Besprechungspunkte vertagt werden, bis das Wortprotokoll vorliegt und dann ausgewertet werden kann. – Das ist der Fall. Dann darf ich mich bei allen Anzuhörenden bedanken, dass Sie heute hier waren. Vielen Dank auch für die Dinge, die Sie hier gesagt haben und die breite Diskussion, die Sie ermöglicht haben! – [Allgemeiner Beifall] –

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0223

Berlins Energieversorgung langfristig sichern und unabhängig gestalten

[0060](#)
WiEnBe
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0171

Mit Energiepreisbremse Bürger und Unternehmen entlasten!

[0057](#)
WiEnBe
Haupt(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.